

Die deutschen Westzonen und die Bundesrepublik Deutschland: 1945-66

Zusammenfassung von Silke Amberg

17. November 2003

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1 Politik | 4 |
| 1.1 Periodisierung | 4 |
| 1.2 Vor Kriegsende | 4 |
| 1.2.1 2/45 Konferenz der 3 Hauptalliierten auf Jalta: Aufteilung in 3 Besatzungszonen | 4 |
| 1.3 45-49 Neuanfang; Kalter Krieg und Beginn der Teilung | 5 |
| 1.3.1 Neue Grenzziehung im Osten und Vertreibung | 5 |
| 1.3.2 Einteilung Dtl.d.s in Besatzungszonen | 5 |
| 1.3.3 8/45-3/48 Alliiertes Kontrollrat: Oberstes Regierungsorgan in Dtl.d. | 5 |
| 1.3.4 Entstehung des Kalten Kriegs | 6 |
| 1.4 49-55 Illusion der Wiedervereinigung, Westintegration | 9 |
| 1.4.1 Parteien und Politische Persönlichkeiten | 9 |
| 1.4.2 Illusion der Wiedervereinigung im Kontext des Kalten Kriegs | 9 |
| 1.4.3 Saarfrage | 10 |
| 1.4.4 Westintegration der BRD | 11 |
| 1.5 55-61 Außenpolitik: Hallsteindoktrin und Mauerbau | 12 |
| 1.5.1 Verschärfung der Trennung zwischen den beiden deutschen Staaten | 12 |
| 1.5.2 Remilitarisierung | 14 |
| 2 Wirtschaft | 15 |
| 2.1 Periodisierung | 15 |
| 2.1.1 nach Heldmann | 15 |
| 2.1.2 Verschiedene Periodisierungen | 16 |
| 2.1.3 nach Thränhardt | 16 |
| 2.1.4 Gewerkschaft | 16 |
| 2.2 Die ersten Jahre nach dem Krieg: 1945/46 | 17 |
| 2.2.1 Wirtschaftliche Ausgangslage | 17 |
| 2.2.2 8/45 Potsdamer Abkommen | 18 |
| 2.2.3 Westintegration: 6/47 Marshallplan | 18 |
| 2.3 Weiches Wachstum: Erholung nach dem Krieg 6/48-50 | 19 |
| 2.3.1 6/48 Erster Auftrieb durch Währungsreform | 19 |
| 2.3.2 Gerangel von CDU/CSU und SPD; 1949 Düsseldorfer Leitsätze: Wende zur sozialen Marktwirtschaft | 20 |
| 2.3.3 Ende 1948-6/50 Erhards ökonomische Schwierigkeiten | 20 |
| 2.3.4 Demontage und Ruhrkontrolle | 21 |
| 2.3.5 Beispiel VW Käfer | 21 |

| | | |
|----------|--------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 2.4 | Hartes Wachstum 1950-1973: Enormer Aufschwung, Aufbau über Rekonstruktion hinaus | 21 |
| 2.4.1 | 50-Ende der 50er | 21 |
| 2.4.2 | Ende der 50er-1966: Wohlstand, Konsumwellen, „Wirtschaftswunder“ | 24 |
| 2.4.3 | 1966-1973 Gemäßigter Aufschwung | 32 |
| 2.5 | Ziele der Wirtschaftspolitik | 32 |
| 2.6 | Übersicht: Gründe für das „Wirtschaftswunder“ | 32 |
| 2.6.1 | Anfangsphase 48-50 (weiches Wachstum) | 32 |
| 2.6.2 | 50- ca.66: Hartes Wachstums | 33 |
| 2.7 | Vertriebene - Demographische Veränderungen | 36 |
| 2.7.1 | Bevölkerungsverschiebungen von 43-50er | 36 |
| 2.7.2 | Vom Elend nach dem Krieg zur Integration | 37 |
| 3 | Umgang mit der NS-Vergangenheit | 39 |
| 3.1 | Begriff Vergangenheitsbewältigung | 39 |
| 3.2 | Periodisierung | 39 |
| 3.3 | 1945-47/48 Entnazifizierungspolitik der Alliierten, Abkehr vom NS | 39 |
| 3.3.1 | Ausgangspunkt | 39 |
| 3.3.2 | 1945 Kontinuität oder Stunde Null? | 40 |
| 3.3.3 | Demokratisierung | 41 |
| 3.3.4 | Entnazifizierung der Bevölkerung durch die Alliierten | 41 |
| 3.3.5 | 45-46 Entnazifizierung der Hauptkriegsverbrecher: Nürnberger Prozesse | 42 |
| 3.4 | 48-frühe 60er: Kollektive Schuldabwehr | 44 |
| 3.4.1 | 48-49: Alliierte und dt.e Demokratisierungspolitik im besetzten Westdeutschland | 44 |
| 3.4.2 | 49-51: Frühe Bundesrepublik | 45 |
| 3.4.3 | Adenauer und CDU/CSU als autoritäre Regierung | 48 |
| 3.4.4 | Zusammenfassung 50er und 60er? | 51 |
| 3.5 | Ende der 50er-heute: Generationenwechsel, beginnender Einstellungswandel | 52 |
| 3.5.1 | Demokratisierung, Innenpolitik | 52 |
| 3.5.2 | Prozesse gg. NS-Verbrecher: Ulmer Einsatzgruppenprozess, Eichmann, Auschwitz | 53 |
| 3.5.3 | 1965 Verjährungsdebatte | 54 |
| 3.5.4 | Gesamtbeurteilung der 50er und 60er: „Die Unfähigkeit zu trauern“ | 54 |
| 3.5.5 | Ende der 70er bis heute | 55 |
| 3.5.6 | Heute | 55 |
| 4 | Literatur | 56 |

Kapitel 1

Politik

1.1 Periodisierung

- Periodisierung auf verschiedene Bereiche bezogen
- Thranhardt; entscheidend: Lebensgefühl
 - 45-61: Gründung und Konstituierung der BRD
 - * keine Zäsur 49, weil: Gründung der BRD hat Bevölkerung wenig geprägt; gehört in eine Kette von Entscheidungen, die von Ergebnissen des 2. Weltkriegs geprägt waren (Besatzungszonen, Bizone, Gründung BRD, Eingliederung in westeuropäische Strukturen)
 - * sieht Zäsur aber 61: Bau der Berliner Mauer
 - * Zeit des Wiederaufbaus, der Integration in die westl. Welt, Teilung Dtl.d.s, Drang nach Normalisierung
 - 61-74 „Weg zur sozialliberalen Reform“, Gefühl der Sicherheit und unbegrenzter Expansion
 - * parteipolitischer Wechsel 69 keine Zäsur
- Schlaglichter:
 - 45-49 Neuanfang
 - 49-61 Adenauerzeit
 - 61-72 Vom Mauerbau zum Grundlagenvertrag (zw. DDR und BRD: für Normalisierung)
- *Morsey*:
- Kleßmann:
 - 45-55 Die doppelte Staatsgründung
 - 55-70: 2 Staaten, eine Nation

1.2 Vor Kriegsende

1.2.1 2/45 Konferenz der 3 Hauptalliierten auf Jalta: Aufteilung in 3 Besatzungszonen

- die Großen Drei (= Hauptalliierte) treffen sich: Roosevelt, Churchill, Stalin
- noch vor Kriegsende, aber Alliierte Truppen schon an den Grenzen des Dt. Reichs: Aachen als 1. dt. Stadt besetzt; Rote Armee beim Großangriff gg. Ostpreußen, Schlesien, Berlin
- Beschlüsse (für spätere (!) Ausführung):

- Teilnahme Frankreichs an der vorgesehenen Militärregierung Dtl.d.s
- Aufteilung des Reichsgebiets in 3 Besatzungszonen; später (wann?) Beschluss: auch eine frz. Besatzungszone
- Errichtung einer Kommission zur Festsetzung der dt. Reparationen
- Roosevelt vom Morgenthau-Plan abgerückt

1.3 45-49 Neuanfang; Kalter Krieg und Beginn der Teilung

1.3.1 Neue Grenzziehung im Osten und Vertreibung

- Gebiete östlich von Oder-Neiße-Linie: wurden zunächst eigenmächtig von Stalin, dann mit Billigung der Westmächte unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt
- Abtrennung der Gebiete bedeutet Verlust ca. 1/4 des dt. Territoriums
- dadurch Flucht und Vertreibung von ca. 15 Mio. Dten

1.3.2 Einteilung Dtl.d.s in Besatzungszonen

- Einteilung Dtl.d.s in Besatzungszonen bedeutet u.a. die Zerschlagung des mächtigen Staates Preußen (umfasst bis 45 2/3 des Dt. Reichs), damit auch der preußischen Bürokratie
- bestimmende Faktoren für die Entwicklung Dtl.d.s waren Besatzungsmächte (→ Kalter Krieg)
- auch Österreich wurde 45 von Alliierten besetzt *und dann?*
- ab 1/47 Bizone (s.u.)
- Frkr. bis 48 gg. die Bildung eines dt. Gesamtstaats: zentrale Verwaltungsbehörden für das gesamte Dtl.d. scheiterten am Widerstand Frkr.s

1.3.3 8/45-3/48 Alliiertes Kontrollrat: Oberstes Regierungsorgan in Dtl.d.

- schon 11/44 beschließen die 4 Alliierten, dass nach dem Sieg der Alliierten die oberste Gewalt in Dtl.d. von den 4 alliierten Oberbefehlshabern (als Militärgouverneure) ausgeübt werden soll
- Potsdamer Abkommen 8/45: jeder alliierte Oberbefehlshaber herrscht als Militärgouverneur in seiner Besatzungszone und gemeinsam als Mitglieder des Kontrollrats für Dtl.d. als Ganzes betreffende Fragen
- oberstes Regierungsorgan
- 8/45 Alliiertes Kontrollrat erstmals an der Öffentlichkeit
- Beschlüsse können nur einstimmig gefasst werden
- **befasst sich mit der Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze**
- **führt Potsdamer Abkommen aus: 4 „D“ (= auch Entnazifizierung);** aber keine Exekutivgewalt, macht Beschlüsse und Gesetze (Exekutive = Militärgouverneure)
- Rat kann sich nicht bei der Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Dtl.d.s einigen
- der beginnende Kalte Krieg (Misstrauen!) und eigene Vorstellungen Frkr.s lähmt den Rat zunehmend
- **Tätigkeit des Rats endet 3/48 mit einem Eklat: Sowjet. Vertreter verlässt aus Protest gg. Londoner Sechsmächtekonferenz (Westalliierte einigen sich auf gemeinsame staatliche Ordnung für ihre Besatzungszonen) den Saal für immer**

1.3.4 Entstehung des Kalten Kriegs

Kalter Krieg in der Welt

- einziges gemeinsames Ziel der Alliierten: Dtl. soll als Quelle der Aggression versiegen, so etwas wie Dolchstoßlegende nach 1. Weltkrieg darf nicht entstehen
- Bündnis der Siegermächte, Einheit der Alliierten zerbricht schon bald
- USA und Sowjetunion gingen aus 2. Weltkrieg als die beiden Weltmächte hervor
- USA haben seit 45 Atombombe: deshalb Vermeidung des „heißen“ Kriegs: Kalter Krieg; militärischer Druck auf beiden Seiten
- SU fühlt sich vom expansiv auftretenden Kapitalismus der USA bedroht; versucht ihre Interessen mit polizeistaatlichen Methoden zu sichern
- 3/46 Churchill spricht in den USA von einem Eisernen Vorhang (*Auslöser?, Grund?*)
- 46/47 Amerikanisch-sowjetische Interessenkonflikte in Iran, Griechenland, Türkei (laut Schlaglichtern: Beginn des Kalten Kriegs)
- danach: amerikanische Politik der Eindämmung („containment“): geht von Teilung der Welt in amerikanische und sowjetische Einflussspäre aus

7-8/45 Potsdamer Abkommen: Die vier „D“

- 7-8/45 Potsdamer Konferenz: eigenmächtiges Vorgehen Stalins (Gebietsabtretungen an Polen und SU) verursacht schon Misstrauen der Westmächte
- s. Dokument Wirtschaft
- Treffen der Großen Drei (Frankreich ausgeschlossen!): Nachfolger von Roosevelt = Truman (USA), statt Churchill nun Attlee (GB)
= Westmächte geschwächt (laut Schlaglichter)
- Stalin hatte mit eigenmächtigem Vorgehen in Osttd. seine Verbündeten vor vollendete Tatsachen gestellt: er hatte Polen als Entschädigung für die an SU abzutretenden ostpolnischen Gebiete Osttd. bis zur Oder-Neiße-Linie versprochen
= Beginn des Kalten Kriegs?
- Beschluss von strukturellen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik: vier (fünf?) „D“:
 - Demilitarisierung
 - * jede dt. Bewaffnung wird untersagt, bis hin zur Polizei *Polizei heute?*
 - * Militär war immer Machtfaktor gewesen, hatte in Preußen Eigenleben gefühlt und in Weimarer Republik antidemokratischen Kräften als Bollwerk gedient
 - Denazifizierung (*s. Dokument Ns-Vergangenheit*)
 - Dekartellisierung
 - Demokratisierung
 - (Dezentralisierung)

45-49 Kalter Krieg in Deutschland

- Dtl. eines der Hauptfelder des Kalten Kriegs
- **1/47 Bildung der Bizone** = Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Zone; Protest der Franzosen und Sowjets
 - wg. Versorgungsschwierigkeiten im Winter 45/46 geboren ??¹
 - Bizone erhält ein Parlament („Wirtschaftsrat“ ??), Länderrat und Exekutive
- SU beurteilt die von den USA vorgeschlagene wirtschaftliche Vereinigung der Besatzungszonen ebenso wie später den Marshallplan als Maßnahmen amerikanischen Wirtschafts Imperialismus
- USA sieht sowjetische Dtl. politik als Versuch, ganz Dtl. in die sowjet. Einflussosphäre einzubeziehen (obwohl SU möglicherweise nur Anschluss Dtl.s an kapitalistischen Westen verhindern und ein neutrales Dtl. schaffen wollte)
- **Teilung Dtl.s resultiert aus dem Kalten Krieg:**
USA entscheidet sich (*allein?*) für Errichtung eines westdeutschen Teilstaats, um nicht ganz Dtl. an SU zu verlieren
- **3/48 Ende des Alliierten Kontrollrats:** Eklat wg. Einigung der Westzonen auf gemeinsame Staatsordnung (s.o.)
- **6/48-5/49 Berliner Blockade**
 - Einführung der Westzonenwährung (nach Währungsreform 48) als einer der Auslöser
 - Stalin versucht durch Aushungern der West-Berliner Bevölkerung und durch massiven Druck auf die Westmächte die Bildung eines gg. die Sowjetunion gerichteten westdeutschen Teilstaats zu verhindern
 - scheitert am Widerstandswillen der West-Berliner und am entschlossenen Handeln der **Amerikaner und Briten bei der Errichtung der Luftbrücke**
 - erster Höhepunkt des Kalten Kriegs
 - kontraproduktiv: Blockade beschleunigt Prozess der westdeutschen Staatsbildung und Antikommunismus in Westzonen
- 4/49 Gründung der NATO (North Atlantic Treaty Organization) vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts²

Rolle der USA

- Thränhardt: BRD wurde von der amerikanischen Supermacht wie die anderen westeuropäischen Nationen durch Wirtschaftshilfe und einen Kranz europäisch-atlantischer Organisationen zur Zusammenarbeit konditioniert
- Abhängigkeit Westdtl.s und Berlins von Westmächten und v.a. von USA bleibt auch nach Gründung der BRD(*bis wann?*)
- Vertrauen und Dankbarkeit den USA gg.über durch CARE-Pakete, Quäker-Speisung, Luftbrücke...
- Antikommunismus der Bevölkerung war schon vorhanden, wird durch Kalten Krieg gefördert³

¹Schlaglichter

²Schlaglichter, 347

³Kleßmann, 59

Der Weg zur Staatsgründung der BRD = Teilung Deutschlands

- Gründung des westdeutschen Teilstaats nur im Zusammenhang mit amerikanischer containment-Politik und dem Kalten Krieg verständlich (s.o.)
- SU befürwortet dt.e Einheit im kommunistischen Sinne
- Gründung der BRD ist auf Initiative der Westmächte, nicht auf die Wünsche dt.er Politiker zurückzuführen
- **Anfang 48: Londoner Sechsmächtekonferenzen:**
 - Teilnehmer: 3 westliche Besatzungsmächte, und als unmittelbare westliche Nachbarn NL, Belgien und Luxemburg
 - Überwindung der frz. Widerstände gg. Errichtung eines westlichen Teilstaats
- 7/48 Frankfurter Dokumente: drei westliche Militärgouverneure beauftragen die Ministerpräsidenten der Länder mit der Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung
- der provisorische Charakter der Staatsbildung wird von Ministerpräsidenten betont: Grundgesetz soll nicht als Verfassung bezeichnet werden, auch wenn es de facto eine ist
- Lucius Clay (US-Militärgouverneur) droht mit Konsequenzen für das eingeschlossene Berlin (Blockade), Berliner Bürgermeister Reuter weist darauf hin, dass Spaltung bereits Wirklichkeit ist
→ Ministerpräsidenten äußern daraufhin keine Bedenken gg.über einer Teilung mehr
- **9/48-5/49 Parlamentarischer Rat:**
 - nicht vom Volk, sondern von den Länderparlamenten der Westzonen gewählt
 - erarbeitet Grundgesetz
- seit 5/49 Grundgesetz in Kraft
- 49 Konsens der gr. Parteien: **Magnet-Theorie:**
 - Stärkung des Weststaats und seiner Attraktivität soll SU aushöhlen und schließlich zur Wiedervereinigung führen
- SPD und weite Teile der FDP wollen (später? wann?) Teilung durch Verhandlungen mit SU aufheben; reagieren kritisch auf Klauseln in Westverträgen, die Wiedervereinigung unmöglich machen würden (Klauseln: ein wiedervereinigtes Dtl. soll an Verträge genau so gebunden sein wie BRD - verhindern laut Thranhardt Wiedervereinigung, da SU dazu nicht bereit wäre)

(Theoretische) Leitlinien der Deutschlandpolitik von 49-66

- BRD ist alleinige Rechtsnachfolgerin des über 45 hinaus fortexistierenden Dt. Reiches (Alleinvertretungsanspruch); Besatzung nur vorübergehend bis zu einem Friedensvertrag; Grenzen von 37 bleiben⁴
- Streben nach Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist ein aus dem GG ableitbares Gebot.
- Das dt. Volk hat Anspruch auf das Recht zur Selbstbestimmung.
- Berlin untersteht der 4-Mächte-Verantwortung, West-Berlin ist Teil der BRD
- Leitlinien sind Konsens aller Parteien

⁴InfopolitischeBildung,2

1.4 49-55 Illusion der Wiedervereinigung, Westintegration

1.4.1 Parteien und Politische Persönlichkeiten

Parteien

- 49-69 CDU-Dominanz:
 - „autoritäre Demokratie Adenauers“ (Thränhardt)
 - SPD als massive Opposition unter „Wüterich“ Schumacher⁵
- 69-82 sozialliberal

Konrad Adenauer

- Schlaglichter: Adenauer setzt häufig gg. +ber seiner Partei und Fraktion seinen Willen durch, beruft sich auf im GG verankerte Richtlinienkompetenz
Karikaturen zeigen Adenauer mit seinem „Schattenkabinett“
- entscheidende Persönlichkeit schon im Parlamentarischen Rat, dann auch als 1. Bundeskanzler

1.4.2 Illusion der Wiedervereinigung im Kontext des Kalten Kriegs

- Thesen:
 - **Westintegration und Wiedervereinigung waren 2 Dinge, die sich gg.seitig ausschlossen; Adenauer hat die Wiedervereinigung nicht gefördert**
 - Adenauers Ziel war es, durch Politik der Stärke und Westintegration die SU zum Rückzug aus Dtl.d. zwingen zu können
 - Morsey: A. will Überwindung der Teilung nur, wenn auch Freiheit, Sicherheit und Souveränität ganz Dtl.d.s garantiert sein würden
 - Morsey: A. kalkuliert als sicher zu erwarten ein: 1) Magnetwirkung eines demokratischen und wirtschaftlich prosperierenden Westens, 2) Freiheitsdrang der Dt.en, die unter kommunistischer Diktatur leben müssen, 3) eine aus eigenem Interesse Moskaus erfolgende Kursänderung der sowj. Dtl.d.politik - A.s Visionen sind Wirklichkeit geworden
 - Thränhardt, 88: „So offen, flexibel ... und von einfühlendem Interesse bestimmt sich Adenauers Politik nach Westen gestaltete, so verschlossen ... abweisend... desinteressiert und verständnislos war sie nach Osten“
 - Thränhardt: Wiedervereinigung zwar im GG als Staatsziel formuliert, aber in der praktischen Politik nicht gefördert⁶
 - Adenauer hofft auf die wachsende Stärke des Westens, die das Problem der Wiedervereinigung lösen werde (*dann entspricht Adenauers Politik der Stärke doch Schumachers Magnettheorie???*); erst Stabilisierung der eigenen Politik und Durchstehen der kritischen Jahre
- Thränhardt, 93: SPD betont Vorrang der Wiedervereinigung gg.über Westintegration
- SU Angebote Wiedervereinigung
 - SU macht zweimal Angebot, der Wiedervereinigung unter Bedingungen zuzustimmen, die ein neutralisiertes Dtl.d. demokratischen Zuschnitts ermöglichten *außer Stalinnote? da Stalinnote wohl nur Täuschungsmanöver*
 - Interesse der SU: Störung des westlichen Verhandlungsprozesses (Stalinnote 52 während EVG-Verhandlungen, 55 während Verhandlungen über Pariser Verträge)

⁵Thränhardt, 92

⁶Folgendes nach Thränhardt, 88ff!

- Drohung: nach NATO-Beitritt der BRD gebe es keine Verständigungsmöglichkeiten mehr über Wiedervereinigung Dtl.d.s
- für Adenauer neutrales Gesamtdtld. unvorstellbar, wurde mit Unterwerfung unter sowj. Dominanz gleichgesetzt („Neutralisierung heißt Sowjetisierung“):
Argumentation: USA würde dann Europa verlassen, man sei dann der Übermacht der SU ausgeliefert
- Adenauers Reaktion auf Stalinnote: Wiedervereinigung Dtlds. nur, wenn Osteuropa völlig neugeordnet werde (= SU sich auf ihre Grenzen zurückziehe): Thränhardt,91: „Da die SU sich in der Dtld-Frage zu Kompromissen bereiterklärte, wurden die Forderungen hochgeschraubt. Adenauer verlangte faktisch den Rückzug der SU auf ihre Grenzen, ohne irgendeine vergleichbare Beschränkung des Westens anzubieten.“
- Infragestellung der Ostgrenze: bei Vertriebenen wird Illusion der Rückkehr aufrecht erhalten
- 52 Deutschlandvertrag:
 - regelt das Ende des Besatzungsregimes in der BRD, **gab BRD die Rechte eines souveränen Staats**
 - entstand im Zusammenhang mit Bemühungen v.a. der USA um einen dt.en Beitrag zur Verteidigung des Westens (wg. Koreakrieg)
 - gleichzeitig mit geplanter Einbindung in EVG (s.u.)
 - ein eigenständiger Verteidigungsbeitrag setzt Ablösung des Besatzungsstatuts voraus
 - Unterzeichnung des Vertrags von Adenauer 5/52
 - Inkrafttreten des Dtld.vertrags an Zustandekommen der EVG gebunden
wg. Scheitern der EVG modifizierter Dtld.vertrag nach NATO- und WEU-Beitritt in Pariser Verträgen 54
- 17.6.53 Zusammenschlagung des Aufstands verdeutlicht Terrorregime der SU
- 54 Berliner Viermächtekonferenz:
 - Westmächte verlangen von SU Rückzug aus Dtld. und freie Entscheidung Dtld.s über seine Zuordnung zu Bündnissen
- 55 nach dem Beitritt der BRD zur NATO und dem der DDR zum Warschauer Pakt:
SU entwickelt Doktrin der Existenz zweier dt.er Staaten; stellt DDR also nicht mehr zur Disposition
 - dt. Remilitarisierung im Verbund mit USA weckt Befürchtungen in SU

Kalter Krieg und die Entwicklung Dtld.s

- 45 hatte SU den amerikanischen Atomwaffen noch nix entgegenzusetzen
- Ende der 50er: Parität in der Waffenentwicklung; Selbstbewusstsein der SU damit gestärkt

1.4.3 Saarfrage

- Adenauer zunächst für ein europäisches Statut des Saarlands
 - um Beziehungen mit Frkr. nicht zu gefährden
- Saarabkommen zw. Frkr. und Dtld.: 55 Volksabstimmung: Volk entscheidet sich zu ca. 70 % für Dtld. statt für Frkr.

1.4.4 Westintegration der BRD

- Schwerpunkt bundesdeutscher Außenpolitik = Westintegration
- Ziel Adenauers zwar Wiedervereinigung Dtl.d.s, aber v.a. will er die volle Souveränität für die BRD erreichen:
scheint ihm nur durch enge Anlehnung an die USA möglich; will Wiedervereinigung durch Westintegration und Politik der Stärke
 - 49: BRD war bei der Gründung ein Protektorat der 3 Westmächte:
Zonen zwar abgeschafft, aber die drei Hochkommissare dürfen nach dem Besatzungsstatut eingreifen
 - s. Dokument Wirtschaft: Demontage und Ruhrkontrolle zeigt, dass Dtl.d. keine volle Souveränität hat

Militärische Westintegration und Wiederbewaffnung

- wg. des Kalten Kriegs (v.a. nach Ausbruch des Koreakriegs) drängt USA auf Wiederbewaffnung
- Adenauer sah in militärischer Integration Schlüssel zur Verankerung der BRD im Westen
- und darin wiederum die Möglichkeit, die Gleichberechtigung der BRD durchzusetzen⁷
- Opposition Adenauers (v.a. SPD) eher skeptisch gg.über militärischer Westintegration (politischer, wirtschaftlicher... nicht so) wg. gesamtdeutscher Bedenken;
erst nach Wiedervereinigung sollen europäische Strukturen geschaffen werden
- Politiker aller Parteien betonen aber zunächst ihren Antimilitarismus
- Thränhardt,81: „Wie in der Wirtschaftspolitik war es der **Ausbruch des Korea-Krieges**, der die **Voraussetzungen** für die Durchsetzung der Konzeption der Regierung Adenauer in innen- und außenpolitischer Hinsicht schuf“
= Wiederbewaffnung und militärische Westintegration
- bei Ausbruch des Koreakriegs schlägt Adenauer ein dt. Kontingent als Bestandteil einer westeuropäischen Armee und Aufbau einer Bundespolizei vor
- Adenauers Politik der militärischen Westintegration befriedigt Sicherheitsbedürfnis der Westdeutschen
 - Schwierigkeit: Frkr. fürchtet zwar SU, aber auch ein wiederbewaffnetes Dtl.d., langwierige Verhandlungen
 - EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) scheitert 54 an Frkr.: Bedenken gg. Souveränitätsverzicht
- **10/54 Pariser Verträge:**
 - **Westeuropäische Union (WEU)** = Ersatz für die gescheiterte EVG; Verteidigungssystem
 - Mitglieder: Benelux, Dtl.d. Frkr., Italien, GB (!)
 - BRD Eintritt in WEU
 - BRD verzichtet auf Herstellung bes. schwerer Waffen (bis 84) und bes. ABC-Waffen (bis heute)
Bestimmungen über die Rüstungskontrolle schaffen Voraussetzung für den Eintritt der BRD in die NATO⁸
 - Schlaglichter: kein sehr erfolgreicher Versuch, innerhalb der EWG eine eigene Verteidigungspolitik zu entwickeln (*gibt's die heute noch??*)
- **1955 Eintritt der BRD in NATO**
 - vorbereitet bei Pariser Verträgen

⁷folgendes nach Thränhardt, 78ff

⁸Schlaglichter

- 4/49 Gründung der NATO (North Atlantic Treaty Organization) vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts (*schon!?!?*)⁹
- Gründungsmitglieder: Benelux, Dänemark, Frkr., GB, Island, Italien, Kanada, Norwegen, Portugal, USA; seit 52 Griechenland und Türkei (erst seit 82 Spanien)
- Eintritt in NATO bedeutet für BRD Lösung der Gleichberechtigungsfrage/Souveränität (aber: weiterhin Sonderrechte der alliierten Truppen)
- verstärkte Anbindung an USA

Wirtschaftliche Integration

- **4/51 Montanunion** (s. Wirtschaft)
Bedeutung: Dtl. ist kein besiegtes Land unter Besatzungsrecht mehr, tritt als Gleiche unter Gleichen auf
- 57 Römische Verträge: EWG, EURATOM (s. Wirtschaft)

Politische Integration

- **5/51 Beitritt BRD in Europarat:**
 - **Europarat war 49 gegründet worden: mit Benelux, Dänemark, Frkr., GB, Irland, Italien, Norwegen, Schweden; bald auch Griechenland un Türkei**
 - Beitritt der BRD droht zunächst wg. Saarfrage zu scheitern:
 - * 47 hatte Frankreich Saarland abgetrennt
 - * gleichzeitig mit der BRD soll Saarland dem Europarat beitreten; Beitritt konnte also als Billigung der Abtrennung verstanden werden
 - Adenauer setzt Beitritt durch; ist bereit nationale Bedenken zurückzustellen, um die Eingliederung in den Westen nicht zu gefährden
 - * Thränhardt, 81: „Konstellation macht die schwache internationale Stellung der BRD in jener Zeit deutlich. Bis zur Gleichberechtigung war es noch ein weiter Weg.“
- 9/52 Wiedergutmachungsabkommen mit Israel (s. Dokument NS-Vergangenheit):
 - soll (u.a) moralischen Kredit der BRD in der Welt wieder herstellen, Adenauer kennt den großen Einfluss der Juden in der amerikanischen Öffentlichkeit

1.5 55-61 Außenpolitik: Hallsteindoktrin und Mauerbau

1.5.1 Verschärfung der Trennung zwischen den beiden deutschen Staaten

Adenauer in Moskau: Diplomatische Beziehungen mit der SU, Heimführung dt.er Gefangener

- nach abgeschlossener Westintegration
- SU schlägt 55 „Normalisierung der Beziehungen“ vor, will über Herstellung diplomatischer Beziehungen und Handelsabkommen sprechen
- Adenauer hofft auf Lösung des Kriegsgefangenenproblems durch Moskaureise (Westmächte hatten bis 48 die meisten Gefangenen entlassen, aus der SU waren aber viele noch nicht zurückgekehrt (jeder 3. Kriegsgefangene umgekommen in SU))

⁹Schlaglichter, 347

- Chruschtschow lässt ca. 10000 Gefangene und ca. 20000 Zivilinternierte frei fordert dafür Aufnahme diplomatischer Beziehungen (ist eigentlich nicht in Adenauers Sinne wg. Alleinvertretungsanspruch - SU hat dipl. Kontakt mit DDR und BRD)
- Adenauer schreibt Erklärung: diplomatische Beziehungen bedeuten keine Anerkennung der dt.en Grenzen und keine Aufgabe des Alleinvertretungsanspruch
- Heimführung der Gefangenen wird noch 1967 von 75 % der Befragten als Adenauers größte Leistung gefeiert

Hallstein-Doktrin

- nach dem Außenamtsstaatssekretär Hallstein
- diplomatische Beziehungen zur SU werden zum Sonderfall erklärt, da SU als Siegermacht Verantwortung für ganz Dtl. trage
- wenn ein Staat auch mit der DDR diplomatische Beziehungen auf, so wird das von der „BRD“ als „unfreundlicher Akt“ gewertet, da das Anerkennung eines demokratisch nicht legitimierten Staatswesens bedeute: z.B. Jugoslawien
- Ziel: weitgehende diplomatische Isolierung der DDR
- Isolierung zwar erfolgreich, aber BRD wird erpressbar in der 3. Welt (floss nicht genügend Entwicklungshilfe, wurde mit Anerkennung der DDR gedroht)
- es gibt keine Fortschritte in Richtung Einheit

s. Thränhardt, S. 94-96 bzw. 104

DDR-Vorschlag: Konföderation

- 1957 DDR (von SU unterstützt) schlägt in mehreren Noten der BRD eine Konföderation beider dt.er Staaten auf der Basis der Gleichrangigkeit als Vorstufe einer späteren Wiedervereinigung vor¹⁰
- Pläne werden von BRD im Einverständnis mit Westmächten zurückgewiesen; werden als Versuch gewertet, BRD aus westlichem Bündnis herauszulösen
- Infopolitischbildung: Vorschlag für BRD unannehmbar wg. ihrer Leitlinien (Alleinvertretungsanspruch!) *Einwand: Kompromisse und Flexibilität sind auch notwendig für eine Einigung, auch von BRD-Seite!*

58 Berlin-Ultimatum

- **11/58 Rede Chruschtschow** (Partei und Regierungschef):
 - **Berlin-Ultimatum: westliche Alliierte haben kein Recht mehr, in Berlin zu bleiben**
 - fordert die Umwandlung Berlins in selbständige politische Einheit als entmilitarisierte Freie Stadt ist zwar ein Friedensvertragsentwurf, bedeutet aber Zuspitzung der Lage
 - Chruschtschow wirft den Westmächten den Bruch des Potsdamer Abkommens vor (*inwiefern?*)
 - Drohung: falls dies nicht geschieht, soll DDR die ihr zustehenden Hoheitsrechte ausüben (z.B. Verhinderung von alliierten Militärtransporten?)
- 12/58 NATO-Tagung: Sowjetische Forderung wird abgelehnt (Dtl. auch dagegen)
- Globke-Plan der Bundesregierung und Deutschland-Plan der SPD schlossen Anerkennung der DDR nicht von vornherein aus; Globke-Plan akzeptiert entmilitarisiertes Groß-Berlin

¹⁰Schlaglichter

- Deutschlandplan der SPD: Idee einer schrittweisen Verklammerung der beiden Teile Dtl.d.s bis zur Wiedervereinigung
- 1959 Viermächtekonferenz in Genf: Behandlung der Dtl.- und der Berlinfrage

1961 Mauerbau

- s.o.: DDR-Flüchtlinge
- 1961 besonders viele Flüchtlinge
- Ulbricht 6/61 auf internationaler Pressekonferenz auf Nachfrage: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“
- Westmächte wussten durch Geheimdienste schon seit Frühsommer davon, wollen kein zu großes Risiko eingehen
- 13.8.61: SED-Führung beginnt am Morgen mit Bau der Mauer
- Schlaglichter, 364: „Bundesregierung und Westmächte mussten diesen Gewaltakt hilflos hinnehmen, der Protest der westlichen Alliierten gg. den Mauerbau blieb wirkungslos.“
- Parteispitzen durch Wahlkampfveranstaltungen stark beansprucht; alle Abwiegung bemüht
- Willy Brandt (Bürgermeister von Berlin) stellt sich Demonstration entgegen, die die Zäune niederreißen wollen
- Adenauer setzt Wahlkampfprogramm fort, kommt erst am 16.8. nach Berlin
= unverständlich für viele, kostet ihm bei der Wahl im September wohl die absolute Mehrheit
- Brandt fürchtet, dass Berlin einen von BRD abgekoppelten neutralen Status bekommt:
erreicht an Bundeskanzler vorbei durch direkte Initiative eine erneute amerikanische Garantie für Berlin
- Mauer in SED-Propaganda: „antifaschistischer Schutzwall“; wird als Sieg über den westlichen Imperialismus gefeiert in DDR
- Mauerbau bedeutet Besiegelung der Spaltung Dtl.d.s

1.5.2 Remilitarisierung

- mit Aufnahme der BRD in NATO war Aufstellung westdeutscher Streitkräfte verbunden¹¹
- Änderung des Grundgesetzes für Wiederaufrüstung notwendig
- 1956 allg. Wehrpflicht
- Bundeswehr ist dem BT unterstellt
- bereits seit 49 Recht auf Kriegsdienstverweigerung: Zivildienst

¹¹Schlaglichter

Kapitel 2

Wirtschaft

2.1 Periodisierung

2.1.1 nach Heldmann

- Probleme bei üblichen Periodisierungen:
 - Wirtschaft wird als geschlossener Block gesehen, also sucht man nach Zäsuren für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft
 - Wirtschaftswachstum wird nur nach Wachstumsraten spezifiziert
- deshalb differenziert Heldmann:
 - unterscheidet zw. Konsumgüterindustrie (keine Nahrungs- und Genussmittel), Investitionsgüterindustrie (z.B. Autos, Maschinenbau, elektrotechnisch), Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (z.B. Chemie, Eisenerzeugung...)
 - Entwicklung der einzelnen Industrien verlief nicht parallel
 - **Differenzierung nach weichem (= Erholung nach dem Krieg, volle Ausnutzung der vorhandenen Anlagen und der Arbeitskraft, Rekonstruktion) und hartem Wachstum (= Aufbau weiterer Ressourcen, zusätzliche Verbesserung der Arbeitsproduktivität)**
- das harte Wachstum wird i.a. nicht als spezifisch dt. verstanden: europäisches Phänomen¹ (nach Thränhardt weltweit)

Periodisierung nach Heldmann

- Weiches Wachstums 1948-Anfang 50:
 - 1948 Boom nach Währungs- und Wirtschaftsreform: Beginn des Wiederaufbaus für Konsumgüterindustrie
 - 1950 Auslandsabsatz im Koreaboom: Beginn des Wiederaufbaus für Investitionsgüterindustrie, Teile der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie
 - 1952 durch direkte Lenkungsmaßnahmen des Investitionshilfegesetzes: Rekonstruktion der Montanindustrie
- Hartes Wachstum Anfang 50-frühe 70er
 - parallel zu hartem Wachstum weiterhin weiches Wachstum; weiches Wachstum als Grundlage für hartes W.

¹Heldmann, 324

- seit Ende der 50er Verschlechterung der Rahmenbedingungen (v.a. auf Angebotsseite = Arbeit und Kapital)
- Umbruchsphase: Rezession 1966/67-Anfang/Mitte der 70er; Industrie als Trägerin des Wirtschaftswunders blieb nur bis Mitte der 60er wichtigster Sektor
- in frühen 70ern überholt tertiäre den sekundären Sektor = damit Industriegewunder beendet

2.1.2 Verschiedene Periodisierungen

- „Strukturbruchthese“: sieht im institutionellen Neuanfang der Währungs- und Wirtschaftsreform den Hauptgrund für den Boom;
also Zäsur im Juni 48²
- Abelschauser:
 - relativiert Einschnitt 6/48: schon vorher beträchtliches Wachstum, danach keine ununterbrochene Wachstumsperiode; Stagnation von 49 bis Anfang 50
 - sieht Einschnitt Mitte 50 im Exportboom durch den Koreakrieg: danach Durchbruch zum Boom, entspricht weichem Wachstum
- Kleßmann:
 - unterteilt in 4 Zyklen (kürzer als üblich, aber regelmäßig)
 1. 1950-54: 8,8 % durchschnittliche Wachstumsrate
 2. 55-58: 7,2 % durchschnittliche Wachstumsrate
 3. 59-63: 5,7 % durchschnittliche Wachstumsrate
 4. 64-67: 3,6 % durchschnittliche Wachstumsrate
 5. **Wachstum wird also immer geringer (liegt an der großen Aufbauarbeit, die anfangs geleistet werden muss!)**
das „weiche Wachstum“ von Heldmann kann also nicht heißen, dass die Wirtschaft langsamer gewachsen ist als im „harten Wachstum“!
 - 50er Jahre: extensives Wachstum ??
 - 60er Jahre: intensives Wachstum (s.u.)

2.1.3 nach Thränhardt

- 48: 1. Verbesserung nach Währungsreform
- Engpässe
- 50: Aufschwung durch Koreakrieg
- Ende der 50er: Vollbeschäftigung, Konsumwellen
- 1966 Rezessionchen

2.1.4 Gewerkschaft

- Thränhardt S. 42ff??

²folgendes nach Heldmann, 323ff

2.2 Die ersten Jahre nach dem Krieg: 1945/46

2.2.1 Wirtschaftliche Ausgangslage

- für die Wirtschaft kann man tatsächlich von einer „Stunde Null“ sprechen ??
- Wirtschaftliche Probleme in der „Stunde Null“
 - zerstörtes Transportnetz
 - zerstörte Großstädte und Industriezentren (Ruhrgebiet)³
 - Zwangsexport von Kohle in westliche Nachbarländer
 - Geldentwertung
 - * war im 3. Reich unterdrückt wg. Gütern aus besetzten Ländern und kriegswirtschaftliche Zwangsmaßnahmen
 - * durch Ausgabe von Besatzungsgeld nach 45 verstärkt
→ Geld war kein brauchbares Zahlungsmittel mehr
 - * wertvolle Güter zu verkaufen war somit ungünstig
→ werden gehortet bis zur seit 46 erhofften (und 48 erst erfolgten) Währungsreform
 - Fehlen eines funktionierenden Wirtschaftssystems
 - nach Zusammenbruch der Zwangsherrschaft keine Regulative mehr
 - Wirtschaftsproduktion steigt seit Kriegsende (abgesehen von Transportkrisen im harten Winter 46/47) aber: Waren gelangen nicht in die Läden, Normalverbraucher unversorgt (Beziehungen zu Bauern etc. nötig)
„organisieren“ von Waren⁴
- Kapazitäten für ökonomischen Aufschwung vorhanden:
 - 3 Westzonen besaßen über Steinkohle und Schwerindustrie an der Ruhr
 - Konsumgüterindustrie durch Krieg und Demontage vergleichsweise geringe Schäden

Situation des Normalverbrauchers 1945/46

- wirtschaftliches Überleben hart (härter als in SBZ)⁵, Mangel an:
 - Lebensmitteln
 - Wohnungen
 - Arbeitsmöglichkeiten
- Hungerwinter 46/47
- Beziehungen zu Bauern etc. nötig, „organisieren“ von Waren⁶
- weit schlechtere Versorgungslage als in den letzten Kriegsjahren⁷
- viele Millionen Männer sind gefallen: Trümmerfrauen entscheidend beim Wiederaufbau
- Gründe für **Verlust des Selbstbewusstseins in Nachkriegszeit**:
 - Niederlage im Krieg
 - Erfahrung des Nachkriegselends
 - Vernichtung der nationalen Identifikationsmuster
 → Wirtschaftswunder bringt Änderung: Wir sind wieder wer (s.u.)
- Situation der Vertriebenen s.u.

³Dtld.Chronik

⁴Thränhardt

⁵Dtld.Chronik

⁶Thränhardt

⁷Garbe

2.2.2 8/45 Potsdamer Abkommen

- bezieht sich auf ganz Dtl.⁸
- Kriegs- und Rüstungspotential soll vernichtet werden
- Industriebetriebe sollen dekartellisiert werden:
 - IG-Farben (bis dato größter Chemiekonzern der Welt; arbeitete mit SS-Vernichtungsmaschinerie zusammen) wird zerschlagen und aufgeteilt in BASF, Hoechst, Bayer...)
 - Auflösung der Großbanken
 - Zergliederung der Stahlindustrie
 - statt faschistischer Monopolwirtschaft soll nach dem liberalen amerikanischen Konzept Konkurrenzwirtschaft entstehen zur Vorbeugung wirtschaftlicher Machtkonzentration
- Industriebetriebe sollen demontiert und kontrolliert werden
- Förderung von Landwirtschaft und Friedensindustrie
- der durchschnittliche Lebensstandard in Dtl. darf das Niveau der europ. Länder nicht übersteigen
- ganz Dtl. soll als wirtschaftliche Einheit behandelt werden (wird in Folgezeit nicht verwirklicht)
- s. *Dokument Politik*

2.2.3 Westintegration: 6/47 Marshallplan

- **6/1947** kündigt der **amerikanische Außenminister George Marshall** (in einer Rede an der Harvard Universität) ein Programm umfassender **Wirtschaftshilfe für Europa** an⁹
- einzige Bedingung: Europäische Regierungen müssen sich über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit einigen
- ((formal war das Angebot auch an UdSSR gerichtet, man richtet aber nicht mit Annahme))
- GB und Frankreich bekamen den größten Teil
- erstmalig wurden dt.e Westzonen in Europa einbezogen - vertreten noch durch Militärgouverneure, die unbefangener als Dt.e auftreten konnten
- westeuropäische Wirtschaftsorganisation OEEC entsteht
- Handelsabkommen GATT: legt Meistbegünstigung bei den Zöllen zw. den Mitgliedsländern fest
- Bedeutung des Marshallplans für Westdeutschland:
 - es ist **umstritten, ob die Marshall-Gelder für den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands entscheidend waren**¹⁰
 - Thränhardt: aber der psychologische Effekt in Dtl. ist deutlich: Vertrauen wächst, **amerikafreundliche Orientierung in der Bevölkerung nimmt zu**¹¹
 - Teilung Dtl. wird verdeutlicht (Ostzone sollte zwar einbezogen werden, darf aber nicht von der SU aus)
 - **Zusammenarbeit in Europa begann von vornherein mit dt.er Beteiligung**¹²

⁸Folgendes nach Dtl.Chronik Lehmann

⁹Thränhardt, 61

¹⁰Thränhardt, 61

¹¹Thränhardt, 61

¹²Thränhardt, 61

- für Konsolidierung Westdtd.s entscheidend, dass Frankreich mit einbezogen wird
= **Grundlage für spätere Einigung Westeuropas**¹³
- aber: Marshallplan belastend für Ost-West-Beziehungen
der Kalte Krieg war längst entbrannt¹⁴; Sowjetunion verschärft Repressionen

2.3 Weiches Wachstum: Erholung nach dem Krieg 6/48-50

2.3.1 6/48 Erster Auftrieb durch Währungsreform

Währungsreform

- nur in den 3 Westzonen
- DM ersetzt RM (Reichsmark)
- jeder erhält 40 DM
- Umtausch von privaten Guthaben 10:1
- Umstellung regelmäßig wiederkehrender Leistungen (Löhne, Renten, Mieten...) 1:1

Wirkung der Währungsreform

- Währungsreform 48 hat Bevölkerung mehr berührt als Gründung der BRD
- Produkte sind nun erhältlich (nicht wg. gesteigerter Produktion, sondern weil sie auf den dt. Markt kommen)
- z.T. über Nacht;
also keine Warenknappheit und -hortung mehr
- Ende der Planwirtschaft mit Bezugsscheinen
- Ende von Preis- und Lohnstopps (??)¹⁵
- Geldentwertung und Zigarettenwährung enden
- **Ende des Schwarzmarkthandels** (*warum?*)
- Sparer verlieren viel Geld, Sachwertbesitzer gewinnen
- seit Währungsreform gibt es mehr Erfassungsdaten über die Produktion (deshalb erscheint es wie eine Steigerung der Produktion)
- Mythos von Erhard als Verantwortlicher für die Währungsreform:
 - Währungsreform völlig unter amerikanischer Kontrolle
 - noch kurz vor Währungsreform wusste Wirtschaftsdirektor (*seit wann?*) Erhard nichts davon
 - gibt sie dann aber bekannt, als ob er sie sich erdacht hätte
= Grundstein für sein Ansehen als „Vater des Wirtschaftswunders“
 - Turner: Erhard = „eigentlicher Baumeister der Wirtschaftspolitik der Bizone und später der Trizone“¹⁶

¹³Thränhardt, 62

¹⁴Thränhardt, 62

¹⁵Lehmann Dtdl.Chronik

¹⁶Turner, 65

2.3.2 Gerangel von CDU/CSU und SPD; 1949 Düsseldorfer Leitsätze: Wende zur sozialen Marktwirtschaft

- für Sozialdemokraten stand Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt, 1947 saßen in allen Wirtschaftsministerien der acht Bizonen-Ländern Sozialdemokraten können aber den Erfolg der Währungsreform nicht für sich „verbuchen“
- Amerikaner bemühten sich bei der Umbildung der Bizonen-Organen die bürgerliche Dominanz durchzusetzen = eine von vielen Blockierungsmaßnahmen Clays gg.über sozialistischen/planwirtschaftlichen Tendenzen¹⁷
- Streit von CDU/CSU und SPD um den Einfluss im Bizonen-Wirtschaftsressort:
 - SPD beanspruchte im neuen Bizonen-Wirtschaftsrat das Wirtschaftsressort (*was gibts denn im Wirtschaftsrat noch für Ressorts außer dem W.ressort??*)
 - CDU/CSU-Fraktion lehnt ab (*wie kann das gehen?*)
 - Kompromissvorschlag Adenauers: SPD bekommt Bizonen-Wirtschaftsressort, CDU bekommt dafür 3 Länder-Wirtschaftsministerien (*wurde da nix gewählt oder wie?*)
 - SPD lehnt ab, akzeptiert damit Platz als Opposition im Wirtschaftsressort des Bizonenrats
 - nur CDU/CSU und FDP im Wirtschaftsressort, Vorform für spätere Bonner Koalition
- Wende zur sozialen Marktwirtschaft in der CDU:
 - durch Kontroverse mit SPD (??) wird in CDU der wirtschaftsliberale Kurs gefördert
 - **in Anfangsjahren eher Ideen eines „christlichen Sozialismus“ (z.B. 48 im Ahlener Programm der CDU: für Vergesellschaftung der Kohlebergwerke)**
 - erst nach Währungsreform: **1949 Düsseldorfer Leitsätze = Wende zur „sozialen Marktwirtschaft“**

2.3.3 Ende 1948-6/50 Erhards ökonomische Schwierigkeiten

- Erhards Umsetzung des Leitsätze-Gesetzes (vom Wirtschaftsrat der Bizone gebilligt):
 - Erhard suspendiert viele Preisfestsetzungen für Konsumgüter
 - Grundstoffindustrien (Nahrung, Mieten, Löhne) bleiben preisgebunden (*was heißt das?*)
- **2. Halbjahr 48** steigen Lebenshaltungskosten um 14 %
→ **Schere zw. Löhnen und Preisen öffnet sich**
- Problem: Preispolitik bedeutet zusätzliche Umverteilung der Sachmittelbesitzer (Unternehmer, Bauern) gg.über denen, deren Geldersparnisse die Währungsreform vernichtet hatte
- Gewerkschaften rufen 11/48 zu Generalstreik gg. Erhards Wirtschaftspolitik auf: viele beteiligen sich
- Thränhardt: Wirtschaft stagniert, **Arbeitslosigkeit steigt Anfang 50 auf 12,2 %**
↔
Turner: Wirtschaft ist schon erfolgreich, nur können noch nicht alle Bürger davon profitieren
- Turner: Hohe Arbeitslosigkeit wird durch andauernden Zustrom von Flüchtlingen aus dem Osten verstärkt
- Erhard: das beste Mittel gg. hohe Arbeitslosigkeit ist ein gutes Wachstum¹⁸
- Alliierte und dt. Politiker verlangen Änderung der Wirtschaftspolitik; SPD kann Beginn eines Beschäftigungsprogramms durchsetzen
- 1950 sind noch 80 % der en ohne Bad, (1960 nur noch 53 %)

¹⁷Thränhardt, 74

¹⁸Turner, 70

2.3.4 Demontage und Ruhrkontrolle

- Demontage = Beschränkung/Kontrolle der dt. Wirtschaft von außen
 - zwar schon reduziert, aber Demontage v.a. der Schwerindustrie läuft parallel zum Marshallplan weiter (absurd)
Demontage passt nicht zu Marshallplan und Westintegrationswünschen
 - **11/49 Adenauer erreicht in Verhandlungen Beendigung der Demontage** (kurz vor Petersberger Abkommen?)
→ erhöht sein Prestige in Dtl. sehr
- Kontrolle der Ruhr = Beschränkung/Kontrolle der dt. Wirtschaft von außen
 - Verteilung der Ruhrkohle liegt bei der Internationalen Ruhrbehörde (3 Westmächte und Benelux)
 - Kohle war bis zum Ölboom der späten 50er die knappe Energiequelle par excellence
 - **11/49 Petersberger Abkommen:** Adenauer erklärt sich bereit, (als Dank für Demontagestopp) in Ruhrbehörde einzutreten und sie damit anzuerkennen
→ Proteste von Schumacher (Opposition), nennt Adenauer „Bundeskanzler der Alliierten“ (*erinnert an „Erfüllungspolitiker“!!*)
 - Adenauer hat aber letztlich Erfolg: s.u. (Schumanplan und Montanunion)

2.3.5 Beispiel VW Käfer

- im Erfolg des Käfers spiegelt sich symbolisch der Mythos des Wirtschaftswunders
- VW-Werk bei Kriegsende zu 2/3 zerstört
- Werk entging der Demontage durch Fehlrteil: Briten meinten, der VW genüge nicht den Ansprüchen eines KFZ
- nach Wiederaufbau steigt Produktion immens
- „Hitlers Baby“ lässt sich erstaunlich gut in den USA absetzen

2.4 Hartes Wachstum 1950-1973: Enormer Aufschwung, Aufbau über Rekonstruktion hinaus

- Schlaglichter, 329: durch die Hilfe der USA gelang der wirtschaftliche Aufschwung der BRD (*was ist damit genau gemeint?*)

2.4.1 50-Ende der 50er

6/50 Beginn des Koreakriegs: Verbesserung der wirtschaftlichen Lage

- **Aufschwung: Ausbruch des Korea-Kriegs befreit Westdeutschland von ökonomischen Schwierigkeiten**
- Nachfrage nach Investitionsgütern (= *teure Güter?*) stieg sprunghaft an
→ Dtl. kann dank freier Kapazitäten das erwünschte Angebot produzieren
- erstmalig (später auch öfter) wird Auslandsnachfrage zum Motor des Aufschwungs
- Bruttosozialprodukt von 1950-54: durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 8,2 %
- Erhard schafft Bewirtschaftungsbehörden ab: Engpässe werden nach dt. Tradition wieder durch Selbstverwaltung der Wirtschaft geregelt

- Diskrepanz zw. Theorie der sozialen bzw. freien Marktwirtschaft und der Praxis:
 - Entstehung von korporativistischen Arrangements (*Bsp.e?*)
 - Erhard kann keinen wirksamen Kartellschutz durchsetzen
 - Konzentration (?) wächst:
Angebotsvielfalt des beginnenden europäischen Marktes ist größer (schafft Ausgleich)

Westintegration (Europa): Schumanplan und Montanunion 51

- Schumanplan:
 - 47/48
 - vom frz. Außenminister Robert Schuman
 - für Fusion der dt.en und frz. Kohle- und Stahlproduktion; erinnert damit an Zeit vor 1. Weltkrieg
 - weitere europäische Länder sollten sich der Produktionsgemeinschaft anschließen können; dt.-frz. Union sollte also Basis für ein auf föderalistischer Grundlage organisiertes Europa sein
- Montanunion
 - **Montanunion = Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)**
 - Unterzeichner: Belgien, NL, Luxemburg, Frkr., Italien, BRD (GB hat kein Interesse, fühlt sich als Weltmacht)
 - **Unterzeichnung 4/51**
 - Aufhebung der Ruhrkontrolle
 - Bedeutung: Dtlid. nicht mehr als besiegtes Land unter Besatzungsrecht, tritt als Gleiche unter Gleichen auf!
 - (SPD lehnt EGKS zunächst ab)

DDR-Flüchtlinge = Gute und billige Arbeitskräfte

- seit 45 schon starke Fluchtbewegung aus der SBZ in die Westzonen
- auch nach Gründung der DDR (49) weiterhin: '49 in Notaufnahmelagern in W-Berlin und BRD ca. 130000 Flüchtlinge
- weiteres Steigen in frühen 50ern: v.a. wg. Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichung der Privatwirtschaft, Wirtschaftswunder im Westen
- Höhepunkt von 330.000 Flüchtlingen im Jahr 53 wg. Verhaftungswelle nach Aufstand vom 17.6.53
- „Abstimmung mit den Füßen“
- **v.a. Bürger im arbeitsfähigen Alter, ca. 50 % unter 25 Jahre = Flüchtlinge sind meist schon ausgebildet, „kostenlose“ Arbeitskräfte**
- seit 1960 und v.a. 61 wieder verstärkte Fluchtbewegung wg. härterem politischen Kurs der SED, Zwangskollektivierung der Landwirtschaft
- offensichtlich: DDR musste durch diesen menschlichen Aderlass in wirtschaftliche Katastrophe geraten:
 - 57 Verschärfung der Kontrollen, Beschränkung des Reiseverkehrs, Straftatbestand der „Republikflucht“ eingeführt
 - 13.8.61 Bau der Berliner Mauer

Staatlich geförderter Wohnungsbau

- *aus Phasensortierung rausnehmen??*
- Wohnungsbau-Programm von 1950:
 - erstaunliche quantitative Leistung: in 6 Jahren wurden ca. 3 Mio. Wohnungen erstellt (entspricht ca. dem Bedarf der 12 Mio. Flüchtlinge und Vertriebenen)
 - staatlich subventioniert, v.a. von gemeinnützigen Bauträgern
 - für breite Schichten
- danach: Förderung des Baus von Einfamilienhäusern; für Wohlhabendere
- aber: Trümmergrundstücke bleiben bis weit in die 60er prägend
- Ausstattung der Wohnungen:
 - 1950 sind noch 80 % der Wohnungen ohne Bad (in oder außerhalb der Whg.!), 1960 nur noch 53 %
 - 1960: nur 10 % aller Wohnungen haben Bad, WC und Sammelheizung
 - wenig Räume
- erst 1960 Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, Einbeziehung des Wohnungssektors in soziale Marktwirtschaft
- Großsiedlungen (v.a. in 60ern) werden als enormer Fortschritt empfunden
- Leitbilder: Entballung, Durchgrünung, autogerechte Stadt
 - führt zu tristen Vorstädten, Tendenz zur Verödung der Stadtkerne, fatale Trennung von Wohn- und Einkaufsvierteln

Wirtschaftliche Erfolge

- seit Mitte 52: Wachstumseingänge (?? Bsp.?) sind überwunden
- von 1950-70 stieg das reale Sozialprodukt (BSP je Einwohner in konstanten Preisen) um das 2,8 fache = entspricht dem Zuwachs von 1850-1913
 - Faszination!
- der wirtschaftliche Aufschwung ist entscheidend für Wahlerfolge der CDU/CSU:
 - „soziale Marktwirtschaft“ als Leitideologie (trotz Verstößen dagegen in der Praxis, s.u.)
 - bei Landtagswahlen 50 und 52 noch sehr schlechte Ergebnisse
 - **1953 2. Bundestagswahl = „Wahlwunder“**: Aufstieg der CDU/CSU auf 45,2 %
 - **1957**: weitere Steigerung auf 50,2 % = einzige Bundestagswahl, bei der eine Partei **absolute Mehrheit** bekam
- innenpolitische Stabilität durch Aufschwung, Glauben an die Ideologie der Marktwirtschaft
- snot wird beseitigt (s.u.: Vertriebene)

Mitbestimmung der Arbeitnehmer

- alle organisierten Arbeitnehmer der BRD gehörten DGB an = es gab nur noch eine Gewerkschaft (nach Zusammenschluss der sozialistischen, christlichen und liberalen Gewerkschaftsbewegungen 1949 - hatten früher oft miteinander konkurriert)¹⁹
- DGB setzt durch Drohung von Generalstreik Mitbestimmungsgesetz gg. Adenauer durch
- 1951 Mitbestimmungsgesetz:
 - soll Arbeitnehmern Mitspracherecht bei der Leitung privater Firmen garantieren: Arbeitnehmervertreter sollen in gr. Betrieben (nur Kohle, Stahl, Eisen) genau so viele Sitze im Aufsichtsrat haben wie die Sprecher der Anteilseigner
 - basiert auf einem früheren Gesetz der britischen Besatzungsbehörde
- Gesetz bleibt aber auf Kohle, Stahl, Eisen beschränkt
- aber Regierung erlässt 1952 Betriebsverfassungsgesetz:
 - gilt für alle Betriebe mit mehr als 500 Arbeitnehmern
 - Arbeitnehmer bekommen dort aber nur 1/3 aller Sitze im Aufsichtsrat, können also immer überstimmt werden
 - schreibt Betriebsräte vor, die von allen Arbeitnehmern in größeren Firmen gewählt wurden
 - Betriebsräte haben keine direkte Mitsprache im Verwaltungsrat, werden deshalb als Alibi abgetan, sind aber trotzdem oft wirksam zur Verminderung der Spannungen zw. Arbeitnehmern und -gebern

Aufhebung der Dekartellisierung

- Dekartellisierung der Nachkriegszeit wird am Ende der Besatzungsherrschaft weitgehend rückgängig gemacht
- Großbanken reorganisieren sich Anfang der 50er, haben seither beherrschende Stellung in der Wirtschaft noch ausgebaut
- Stahlindustrie hat sich wieder konzentriert
- Antikartellgesetzgebung erst spät in BRD, bis heute kaum Durchschlagkraft

2.4.2 Ende der 50er-1966: Wohlstand, Konsumwellen, „Wirtschaftswunder“

Ende der 50er: Neues Selbstbewusstsein und Wohlstand

- Erfahrung der Prosperität vor dem Hintergrund der individuellen und kollektiven Erfahrung von Zerstörung und Zusammenbruch hat Mentalität extrem geprägt: wirtschaftlicher Wohlstand als wichtigste Legitimationsbasis der neuen politischen Ordnung²⁰
→ CDU/CSU waren so beliebt wg. des wirtschaftlichen Erfolgs
- „Wirtschaftswunder“ als Kern des neuen Selbstbewusstseins der 50er und 60er „Wir sind wieder wer“ (auch Fußball-WM)
- **Ende der 50er Jahre: Vollbeschäftigung beginnt**; 1964 Arbeitslosigkeit von 0,08 %
s.u.: Anwerben von Gastarbeitern
- Ende der 50er: selbst Kriegsgeschädigte und Flüchtlinge können von Wohlstand profitieren
1965: Wohlstand kommt erstmals der Mehrzahl der Bevölkerung zu Gute²¹

¹⁹Folgendes nach Turner

²⁰Kleßmann, 21

²¹Korte, 25

- Vorstellungen von gesellschaftlichen Reformen, v.a. wirtschaftliche, verlieren an Rückhalt in der Bevölkerung: 1946 waren noch mehr als 2/3 (bei Volksabstimmung in Hessen, Sachsen), also auch Christdemokraten, für Sozialisierung der Schlüsselindustrie; Ende der 50er nur noch wenige.
- Anfang 60er: Preisanstieg durch verstärkte Auslandsnachfrage²²
- 60er Jahre: intensives Wachstum (nicht wie in 50ern extensives): Intensivierungs- statt Erweiterungsinvestitionen (Grenzen des Arbeitskräftepotentials: Kompensation durch technischen Fortschritt)

Konsumwellen

- Konsumwellen verdeutlichen Nachholbedarf, Konsum als Leitmotiv
- Fresswelle
- Kleidungswelle
- Einrichtungswelle: arbeits- und zeitsparende Haushaltsgeräte
- Motorisierung:
 - erst Motorräder, Roller, Kleinstautos (z.B. das winzige Goggo-Mobil)
 - seit Ende der 50er Autos :
vor dem Krieg hinkt Dtl. anderen Ländern hinterher, war nur Luxus für Besserverdienende, jetzt Massenprodukt (Volkswagen); Ausbau Autobahnen
- seit Anfang der 60er nicht mehr nur noch Nachholbedarf, auch Neues:
 - Urlaubswelle: Italientourismus schon seit Mitte der 50er rasantes Tempo; verbunden mit Motorisierung und vermehrter Freizeit; nun (Anfang der 60er) auch für Arbeiter und Angestellte möglich
- Anfang der 60er: Dt.e niedrigste Arbeitszeit im Vgl. der anderen europ. Industrieländer
→ fördert Urlaubswelle, Konsum
- soziale Sicherheit fördert Wohlstandsgefühl: z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Gesellschaft

nivellierte Mittelstandsgesellschaft? Wohlstand für alle?

- Begriff „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ vom Soziologen Schelsky, 53
- man kann nicht mehr von einem Gg.satz zw. kapitalistischer und proletarischer Klasse sprechen
- soziale Verhaltensfelder entscheidend; keine Arbeiterbewegung mehr
- Kleßmann: „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ ist eher eine Wunschvorstellung als soziale Realität
- es gibt enorme soziale Unterschiede:
 - „Die Mehrheit der dt.en Bevölkerung hatte den Wettlauf in das Wirtschaftswunder bereits am Start (Währungsreform) verloren“²³
 - Kleßmann: Währungsreform und Steuerpolitik stärken Diskrepanzen
 - Steigerung des Einkommens bei den Selbstständigen mehr als sechsfach, bei Arbeitern, Angestellten, Rentnern... vierfach
Einkommensrelation verschiebt sich also zugunsten der Selbstständigen
 - nur begrenzter sozialer Wandel der Eliten: weiterhin aus Bürgertum, nicht aus Arbeiterschaft; kaum Bildungs- und Aufstiegschancen für Arbeiter

²²Kleßmann, 23

²³Kleßmann, 36

- aber: soziale Mobilität durch Bev.verschiebungen der frühen Nachkriegszeit erzwungen: sozialer Abstieg der Vertriebenen
 - Kleßmann, 37: Wohnungsbauprämien und Volksaktien können Tendenz zur Vermögenskonzentration nicht brechen
die finanziell Bessergestellten werden damit weiter gefördert
 - es gab auch bittere Armut: v.a. Frauen, Rentner,
 - viele Obdachlose
 - Gastarbeiter s.u.
 - aber die Wahrnehmung ist anders:
 - kompensatorische staatliche Vermögens- und Sozialpolitik: Lastenausgleich (s.u.)
 - aber: immer breitere Schichten können sich Dinge leisten, die vorher nur wenigen vorbehalten waren
 - wenn auch das Einkommen der Selbstständigen mehr wächst, so bemerken die Schlechtergestellten doch v.a., dass ihr eigenes Einkommen/Lohn wächst = individueller Aufstieg
insbesondere ab Ende der 50er durch Arbeitskräfteengpass wg. Vollbeschäftigung: Steigen der Löhne der unteren Schichten
= seit dem nun wird Teilhabe am Wohlstand auch für sie möglich
 - der Begriff „Wirtschaftswunder“ trifft damit die dominierende Wahrnehmung der Mehrheit der Bevölkerung
- Fazit: **es gibt weiterhin große soziale Unterschiede, aber für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet der wirtschaftliche Aufschwung eine enorme Verbesserung** - Aufstieg im Vergleich zur Stunde Null!²⁴

Bevölkerungsentwicklung

- Einschnitte durch Weltkriege (Geburten und junge Männer)
- Zuwachs durch Flüchtlinge und Gastarbeiter
- Geburtenanstieg
- trotzdem: relatives Wachstum der über 65-jährigen
- Verstädterung, Landflucht, Pendler

Frau und Familie

- Frauenarbeit und Familie
 - 1961 ca. 30 % voll erwerbstätigen Frauen, ca. 60 % voll erwerbstätigen Männer
 - das ist zwar noch ein niedriger Anteil von Frauen im Berufsleben, aber: ist im Vgl. zu den frühen 50ern sehr viel!
 - Frauen meist in „Leichtlohngruppen“: Industriearbeiterinnen haben um 1960 nur ca. 60 % des Verdienstes ihrer männlichen Kollegen
 - Frauen waren meist froh, wenn sie nicht arbeiten gehen mussten; wollten Zeit mit Kindern genießen; die meisten wollten, wenn überhaupt, nur Teilzeit arbeiten
 - traditionelles Familienbild, Frau soll Hausfrau und Mutter sein
 - Glück in der Familie spielt eine große Rolle
 - Förderung von Familien durch Familienminister Wüermeling
- Betonung des Privaten:
 - **Wirtschaftswunder half mit, die unbequeme Vergangenheit zu verdrängen**

²⁴Kleßmann, 39

- Wieder-Entfaltung traditioneller Familienstrukturen; Genießen der „Normalität“
- Kortes Hauptthese: s. Titel „Gesellschaft im Aufbruch“: 60er Jahre als Zeit gesamtgesellschaftlicher Bewegung in allen Bereichen; Einbeziehung eines großen Teils der Bevölkerung in gesellschaftliche Fortschritte - nicht nur und nicht erst in der Studentenbewegung²⁵
- ((in der 1. Hälfte der 60er bahnt sich ein Wandel in dem Verhältnis von Gesellschaft und Militär an:))
 - ((64 Wehrbeauftragter Heye weist auf undemokratische Praktiken in der Bundeswehr hin *Trettner-Affäre*?????))

Gastarbeiter

- wg. Vollbeschäftigung Anwerben von Gastarbeitern aus südeuropäischen Ländern und Türkei
- mit dem Mauerbau versiegt die Quelle der günstigen, da bereits gut ausgebildeten Arbeitskräfte aus der DDR
- bildungspolitischer Rückstand der BRD wird dadurch deutlich: „dt. Bildungskatastrophe“
- Kleßmann, 26: „Die Ausländerzuwanderung konnte jedoch das qualifizierte, aus der DDR zugewanderte Potential nicht voll ersetzen“
- Ausländer besetzen schlechtere Arbeitsplätze, ermöglichen damit Inländern Aufstieg in bessere Positionen²⁶

Späte 50er: erste Anwerbung von italienischen Landarbeitern

- es gab auch schon um 1920 und im Krieg Fremdarbeiter in Dtl.
- 1954 noch 7 % Arbeitslose; aber schon Überlegungen, Gastarbeiter anzuwerben, wenn Vollbeschäftigung besteht
- Beschäftigung regionales Gefälle nach Norden:
 - v.a. wg. Rüstungsindustrie in Süddtl. und insbesondere im Münchner Raum (z.B. BMW: Bayrische Motorenwerke); Arbeitslose wandern in den Süden
 - 1955 Baden-Württemberg: ca. 2 %, Schleswig-Holstein ca. 11 % Arbeitslosigkeit
- Arbeitskräftemangel zuerst in der Landwirtschaft (Landflucht); früh schon Forderung nach Gastarbeitern
- Wirtschaftsministerium auch lohnpolitische Überlegungen
 - Löhne steigen, wo es schon Arbeitskräftemangel gibt
 - Ministerium will Löhne wieder drücken durch neue Arbeitskräfte
 - Gewerkschaften fordern deshalb von Anfang tarifliche Gleichstellung der Ausländer
- **12/55 erstes Anwerbeabkommen:** dt.-italienisch
 - Anwerber sollen von einer dt.-italienischen Kommission ausgewählt und den Unternehmen je nach Eignung zugewiesen werden
 - prinzipielle sozialpolitische Gleichstellung mit den dt.en Arbeitskräften soll garantiert werden: Bezahlung nach Tarif
 - Betonung, dass es sich nur um eine **vorübergehende, kurzfristige Maßnahme** zur Deckung von Spitzenbedarf handele
- Argumente für Ausländerbeschäftigung:

²⁵Folgendes nach Korte

²⁶Kleßmann, 26

- regionale Mobilität der dt.en Arbeitslosen wäre eine Lösung des Arbeitskraftmangels, aber unmöglich wg. mangelnden Wohnraums (z.B. im Ruhrgebiet oder Stuttgart - für Ausländer reicht das Aufstellen von Baracken
 - **stärkere Einbeziehung von Frauen sei zwar möglich, aber familienpolitisch unerwünscht**
 - Erhöhung der Arbeitszeit wäre nötig, geht aber nicht wg. Widerstand der Gewerkschaften (arbeiten auf 40-Woche hin (*ab wann 40-St.d-Woche??*))
- Überzeugung, dass es **keine wirtschaftlich und politisch sinnvollen Alternativen gibt**
- man ging in den 50er Jahren noch nicht von verstärkter Ausländerwerbung aus wg. DDR-Flüchtlingen bis 59 nur weniger als 50000
 - zunächst im Bereich der Landwirtschaft: dort Saisonbeschäftigung erwünscht (f. DDR-Flüchtlinge nicht zumutbar)

61-66: Vom Mauerbau zur „Rezession“: Euphorie

- Wirtschaftswachstum hält an, viele Arbeitskräfte werden benötigt
 - Zahl dt.er Erwerbstätiger sinkt seit 62:
 - Eintritt geburtenschwacher Kriegsjahrgänge ins Erwerbsleben
 - Absenkung des Eintrittsalters in den Ruhestand
 - Ausbildungszeit verlängert sich
 - durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 44,4 (1960) verkürzt sich auf 41,4 (67) Wochenstunden
- Gastarbeiter füllen die Lücken
- 59-65: Zunahme ausländischer Arbeitskräfte um 1 Million
 - Annahmen:
 - Vorteile für die Wirtschaft allg.: ermöglichen Wirtschaftswachstum, „Mobilität der Ausländer“; Verwendung als „Reservearmee“ als „konjunkturelles Ausgleichsinstrument“²⁷
FAZ betont den Vorteil der Ausländerbeschäftigung: dass „bei eventueller Arbeitslosigkeit in Dtl. die ausländischen Arbeiter wieder zurückgeschickt werden können“ (1959)
 - Vorteile für die Firmen: Ausländer werden nicht an betrieblicher Altersversorgung, Kuren... teilnehmen; stellen nur die Arbeitskraft ihrer besten Jahre zur Verfügung; Vermeidung des Lohndrucks durch Arbeitskräftemangels (= kein Steigen der Löhne der unteren Schichten)
 - Vorteile für den Staat: Ausländer zahlen Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge und nehmen keine/kaum Rentenleistungen in Anspruch
 - Dt.e sehen Vorteile für die Entsendeländer: Senkung der Arbeitslosenzahlen, Verbesserung der Qualifikation
= „Entwicklungshilfe für die südeuropäischen Länder“
 - politische Vorteile: Völkerverständigung, europäischer Integration (wird von Politikern betont)
 - Vorteile für die Gewerkschaften: Bedingungen für die angestrebten Arbeitszeitverkürzungen werden besser

man sieht Ausländerbeschäftigung rein positiv, geht von einem zeitlich begrenztem Phänomen aus

- **Anwerbung der Gastarbeiter war unumstritten:**
 - Arbeitgeber dafür: betonen Mobilität
 - Regierung dafür (Adenauer!)

²⁷Herbert

- Presse, auch CDU-Zeitungen wie Die Welt oder FAZ sind dafür
- Vorreiter Schweiz schreckt nicht ab:
 - Anwerbungen von Gastarbeitern schon in frühen 50ern
 - Probleme zeigen sich schon in frühen 60ern: durch Ausländerbeschäftigung wurden rationalisierungsbedürftige Arbeitsplätze konserviert
= Modernisierungsdefizit
 - Zahl der Ausländer, die Rückkehrabsichten aufgaben und Familie nachziehen, steigt
 - Abwehrreaktionen der Bevölkerung: Fremdenfeindlichkeit
 - **Dtld. ignoriert aber die Schweizer Erfahrungen**; geht trotzdem von kurzfristiger guter Lösung aus
- nach und nach Anwerbeverträge mit Italien (55), Griechenland (60), Spanien (60), Türkei (61), Portugal (64), Jugoslawien (68)
- **man machte sich keine Gedanken um Folgewirkungen**
- 1965: Ausländergesetz, rigides Aufenthalts- und Arbeitsrecht für Ausländer aus Nicht-EWG-Staaten (Türken, Spanier...)
Angehörige von EWG-Ländern (Italiener) werden schrittweise den dt. Arbeitnehmern rechtlich gleichgestellt
- tatsächliche Mobilität der Gastarbeiter in der 1. Hälfte der 60er:
 - Mehrheit der ausländischen Arbeit zunächst nur Aufenthaltsrecht für 1 Jahr; ständige Niederlassung wurde als Verstoß bewertet
 - ständige Niederlassung war aber auch meist nicht erwünscht von den Gastarbeitern; wollen sparen für die Heimat
 - Gastarbeiter meist 20-40-jährige Männer ohne Familienanhang
- Arbeits- und Lebensverhältnisse der Gastarbeiter:
 - Verhältnisse der Heimat bleiben Vergleichsmaßstab, Sparwunsch
→ Gastarbeiter akzeptieren eher als Dt.e schmutzige und schwere Arbeit, machen Überstunden, Konsumverzicht, kein Krankfeiern, wohnen billig
- und sind damit nicht unzufrieden; bis 67 gibt es kaum soziale Spannungen
 - höchste Ausländerquoten im Baugewerbe, Metallindustrie, Bergbau
 - oft niedrige Qualifikation: ungelernte Arbeiter
ermöglicht tatsächlich den Aufstieg von Dt.en in höhere Positionen: aus dt. Arbeitern werden Angestellte
 - 1962: ca. 2/3 der Gastarbeiter wohnten in armseligen Gemeinschaftsunterkünften von Betrieben oder der Stadt; z.B. zehn Leute in einem Raum auf Strohsäcken, oft kein Ofen
Gleichstellung im Bezug auf Löhne und Sozialleistungen waren vertraglich geregelt, Unterkünfte einzige Möglichkeit von Einsparungen für Unternehmen

66/67 Rezession: Kritik

- politische Diskussion beginnt in Dtld. v.a seit der Rezession 66/67; Kritikpunkte:
 - Wirtschaftswissenschaftler warnt: drohendes Modernisierungsdefizit durch mangelnde Wegrationalisierung unqualifizierter Arbeitsplätze
= wird im Rahmen der Rezession als wirtschaftliches Problem wahrgenommen
 - Große Koalition sieht immer noch kein Problem, sieht Flexibilität der Gastarbeiter bestätigt (= Verwendung als Konjunkturpuffer), da in Krisenjahr 66 rapider Rückgang der Ausländerbeschäftigung möglich war
- soziale Aspekte der Ausländerbeschäftigung spielten keine Rolle in der Diskussion

- „eine problematische Konstellation entstand erst, als in der Rezession Gastarbeiterbeschäftigung und Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Deutschen zusammenfielen“
- Hinweis auf ökonomischen Nutzen verlor an Überzeugungskraft in Bevölkerung
Zunahme der **Fremdenfeindlichkeit, 66 und 68 zieht NPD** in Landtage ein; Vorwürfe: Steigerung Kriminalität, Lautstärke, Krankfeiern
der Hauptteil der Bevölkerung aber nicht fremdenfeindlich, hat nur Angst um Arbeitsplatz
- konservativere Politiker nun gg. Gastarbeiterbeschäftigung

nach 66: Hochkonjunktur und Massenwerbung

- Rezession schnell wieder überwunden; unter Brandt/Scheel (sozialliberal) wieder wirtschaftlicher Optimismus wie in 50er und 60ern
- Zahl der ausländischen Arbeitskräfte steigt (insbesondere Türken); 73 Höhepunkt
- ab etwa 1970 Debatte über Vor- und Nachteile der Ausländerbeschäftigung
 - Aufenthaltsdauer der Gastarbeiter steigt stetig (aber weiterhin hohe Rückkehrerquoten)
 - Zahl der beschäftigten Ausländerinnen wächst
 - Anzahl nichterwerbstätiger Ausländer wächst
 - mehr und mehr Familiennachzug
- **1971 Arbeitserlaubnisverordnung: Ausländern, die länger als 5 Jahre in der BRD beschäftigt waren, bekommen eine auf 5 J. befristete Aufenthaltserlaubnis - unabhängig von Konjunktur nahezu 40 % der Gastarbeiter können nicht mehr durch Instrument der Nichterteilung der Arbeitserlaubnis zur kurzfristigen Rückkehr gezwungen werden**
- Vorschlag: Rotationsprinzip: nach ein paar Jahren Ausländer zurückschicken, neue anwerben
→ wollen Firmen nicht, bevorzugen eingearbeitete Kräfte
- 72 auch Bundesregierung nicht mehr so positiv gg. über Ausländerbeschäftigung:
 - sieht Probleme: Vollintegration der Ausländer kostet, keine Mobilität mehr, Modernisierungsdefizit
- **Wendepunkt = 1973**
 - **11/73 Anwerbestopp**: weitere Anwerbestopp von Gastarbeitern aus Nicht-EG-Ländern abgeschnitten; man geht von Rückgang aus, da viele zurückkehren werden (wie sonst immer)
 - wird oft als Antwort auf den Ölboykott der arabischen Ölstaaten bezeichnet
Herbert: Ölkrise ist nur günstiger Anlass, um ohne gr. Widerstände der Entsendeländer Ausländerzahl zu senken; verstärkt nur vorige Tendenzen
- Problem: Anwerbestopp macht Gastarbeiter zu Einwanderern; Familienzuzug als einzige Möglichkeit noch zu kommen
- *warum geht die REchnung mit dem Anwerbestopp nicht auf??? - wg. Familienzuzug!?*

Westintegration (Europa): 1957 Römische Verträge: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und EURATOM

EWG

- militärische Westintegration der BRD leidenschaftlich umkämpft²⁸
- hingegen: „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) wurde 1957 mit Zustimmung der SPD-Opposition geschaffen

²⁸Folgendes nach Thränhardt, 85ff

- zunächst Zusammenschluss der „Sechs“, die schon die EGKS (Montanunion) bildeten - also ohne GB
- Prinzipien:
 - v.a. im Agrarsektor: System von Schutzmaßnahmen (orientiert an Frkr.s und Dtltd.s Maßnahmen)
 - freie Marktwirtschaft
 - freie Bewegung von Kapital und Gütern
 - freie Arbeitsaufnahme über Grenzen hinweg
- = schrittweise entstand der „bedeutendste einheitliche Wirtschaftsmarkt der Welt“ (??)²⁹
- Ziele der europäischen Staaten:
 - wirtschaftliche Interessen
 - Einbindung der BRD in des westeuropäischen Zusammenhang
gg. Nationalismus Dtltd.s oder dt.e neutralistische Tendenzen
 - EWG als Kitt für Stabilisierung des westeuropäischen Zusammenhalts

EURATOM

- parallel zur EWG wurden in den Römischen Verträgen die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) gegründet:
 - 6 Länder der EWG sollen in der Atomindustrie zusammen arbeiten
 - Atomindustrie wird als die Quelle zukünftigen Wohlstands gesehen
 - eigentlich Beschränkung auf friedliche Nutzung; Frkr. plant aber eigene Atomwaffen für Großmachtstatus
 - Kontrolle der BRD: keine Atomwaffenproduktion

allgemein

- „die fünfziger Jahre waren die Zeit der westeuropäischen Einigungsbemühungen“³⁰.
- Zusammenhang zw. Einigungsbemühungen und Kalter Krieg:
 - Westeuropäische Einigungsbemühungen kamen wg. Hochphase des Kalten Kriegs zustande, nahmen ab, sobald er abklang
 - nur wenn man sich bedroht fühlte, waren die Nationen bereit, Entscheidungen an europäische Gremien abzugeben
- **in BRD wenig Widerstand, da sie dadurch mehr Bewegungsfreiheit erwarb als abgab**
- Schwächung des Europa-Gedankens gg. Ende der 50er:
 - nicht mehr das supranationale Element der Römischen Verträge: Ministerrat wird von den Regierungen der einzelnen Länder beschiedt
 - Träume von einem europäischen Bundesstaat damit zerplatzt: Westeuropa als Addition von Klein- und Mittelmächten unterliegt damit **amerikanischem Einfluss**
- Bedeutung für Westdtld.:
 - Stabilisierung

²⁹Thränhardt, 85

³⁰Thränhardt, 85

- institutionelle Absicherung der langfristigen Demokratisierung auch nach außen
- **Zusammengehörigkeitsgefühl zw. den westeuropäischen Ländern wuchs**; nationalistische Stereotype (v.a Dtl.-Frkr.) verloren an Gewicht
- 1970 erklärten sich Frkr. und Dtl. gg.seitig zum beliebtesten Land
erstaunliche Entwicklung vom Erbfeind zum Freund

s

Verteilungsstaat und neue Konsumgesellschaft

- s. Thränhardt, S. 125ff: Effekte des wirtsch. Wachstums, Wohnungsbau, Lastenausgleich

2.4.3 1966-1973 Gemäßigter Aufschwung

1966 Krise, Rezessionen

- 1966: geringes Negativwachstum unter neuem Kanzler Erhard
→ löst Schock aus
- **Kleßmann: der konjunkturpolitische Einbruch 1966/67 markiert ökonomisch das „Ende der Nachkriegszeit“³¹**
- Schock nur verständlich als ideologische Erschütterung (Glaube an Marktwirtschaft)³²
- Rezession ist nur ein Rezessionen; stellt Prozess der Normalisierung dar
- 1973 Ölkrise

2.5 Ziele der Wirtschaftspolitik

- Wachstum
- Preisstabilität: Preise steigen v.a. Anfang 60er
- Vollbeschäftigung: Arbeitslosigkeit sinkt in 50ern ständig, 1961 unter 1 % (bleibt bis Mitte der 70er niedrig)
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- alle 4 Ziele ließen sich nie voll realisieren; zw. 61 und 64 noch am ehesten

2.6 Übersicht: Gründe für das „Wirtschaftswunder“

2.6.1 Anfangsphase 48-50 (weiches Wachstum)

- Marshallplan:
 - Thränhardt: es ist **umstritten, ob die Marshall-Gelder für den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands entscheidend waren**³³
 - Turner: Amerika fördert im Rahmen des Marshall-Plans die Kapitalbildung im Inland³⁴
 - Kleßmann: Marshallplan v.a. in Engpässen hilfreich
- Währungsreform:

³¹Kleßmann, 22

³²Thränhardt, 77

³³Thränhardt, 61

³⁴Turner, 67

- Überschwemmung des Marktes mit gehorteten Gütern³⁵
- produzierte Güter gelangen nun auf den dt. Markt
- Kleßmann: „relativ geringes Gewicht der Kriegszerstörungen und Demontagen in der Industrie“ *hä???? Zerstörungen?? Demontagen im Vgl. mit SBZ?*³⁶
- Thränhardt: wirtschaftlicher Aufschwung beruht auf viel Planung durch die Banken und spezielle staatliche Stellen, von staatlicher Lohnkontrolle *wann?*

2.6.2 50- ca.66: Hartes Wachstums

Aufschwung der Weltwirtschaft

- in Italien und Japan liefen ähnliche Prozesse ab
- bes. in Europa
- Thränhardt: **weltweiter Aufschwung**, wird in Dtl. nur wg. des großen Kontrasts zur elenden (Nach)kriegszeit als so unglaublich wahrgenommen (Phönix aus der Asche)
aber: **BRD rangiert Ende der 50er an 2. Stelle im Welthandel (nach USA (und Kanada?))**³⁷ - der Aufschwung in Dtl. war also doch noch mal auffälliger als in Italien, Frankreich, GB...!

Export

Schnelle Reintegration der BRD in Weltwirtschaft

- BRD im GG.satz zur DDR: Westintegration, Anlehnung an Amerika
- Demontage der alten Kolonialreiche, Privilegien der alten Kolonialmächte schwanden ??
→ amerikanische Dominanz der Weltwirtschaft
→ Chancen für die „Juniorpartner“³⁸
- BRD kann Koreakrieg nutzen: **sKoreaboom**
 - Thränhardt: leergefegter Weltmarkt = Absatzmarkt vorhanden, vor dem Korea-Krieg die Engpässe, sieht Koreakrieg als Auslöser für den Beginn des Aufschwungs³⁹
 - Turner sieht Korea-Krieg nur noch als weitere Ankurbelung des ohnehin schon beeindruckenden Aufschwungs
- wirtschaftliche **Westintegration** - Westeuropa (und USA)
 - Marshallplan 47
 - Montanunion 51/2 (Aufhebung Ruhrkontrolle)
 - EWG 57
 - EURATOM 57
 - s. auch politische und militärische Westintegration: ((EVG)-WEU, NATO, Europarat
 - Kleßmann, 27: „Europäisierung des Außenhandels“; größten Anteil an Export und Import der BRD hatten die Kernländer der EWG, noch vor USA
- (BRD betreibt auch Osthandel: hat Ende der 60er führende Position auf dem sowjetischen Markt)⁴⁰
- **„Exportventil“** existiert somit, kann somit als konjunkturell ausgleichendes und belebendes Element wirken

³⁵Turner, 67

³⁶Kleßmann

³⁷Turner, 69 -ebenso Korte, 25

³⁸Thränhardt, 77

³⁹Thränhardt, Kleßmann

⁴⁰Kleßmann, 28

Gründe für gute Exportchancen

- Reintegration (s.o.)
- Konjunkturzyklen der Handelspartner, v.a. der USA verlaufen nicht parallel: Aufschwung in USA jeweils vor der BRD, dt.e Waren können dann während einer Aufschwungsphase z.B. in den USA teurer verkauft werden als im Inland, wo grad die Konjunktur schlecht ist
- Unterbewertung der DM
- exportierte Ware ist gut und günstig:
 - billige Arbeitskräfte: durch Flüchtlinge aus der DDR und Vertriebene aus dem Osten viele Arbeitswillige, die auch für Niedriglohn zu schuften bereit sind
 - Arbeitskräfte sind fähig, gut ausgebildet (im Vgl. zu anderen Billigproduzenten)
 - Kleßmann: Berechnung des ökonomischen Werts dieser ARbeitskräfte: weit über der im öffentlichen Bewusstsein als so spektakulär in Erinnerung gebliebenen Marshall-Plan-Hilfe Wert des „Humankapitals“ von 1950-62: insgesamt ca. 300 Milliarden DM⁴¹
- Voraussetzungen für hartes Wachstum nach Heldmann: Arbeit und Kapital (Angebotsseite) und Außenhandel (Nachfrage) → durch gute Exportchancen keine staatliche konjunktur-politische Steuerung nötig, Bestätigung von Erhards Konzept der Marktwirtschaft (s.u.) *Kleßmann legt damit nahe, dass Marktwirtschaft nicht immer funktioniert, dass es Voraussetzungen gibt!*

System Soziale Marktwirtschaft

Marktwirtschaft

- Produktionsmittel in privater Hand
- Mechanismen des Marktes sollen Lohn- und Preisniveau regulieren
- Erhard: Aussicht auf Profit stellt wirkungsvollsten Ansporn zu Leistung und Profit dar
- deutsche Soziale Marktwirtschaft ↔ Planwirtschaft?
 - Erhard stellt der Sozialen Marktwirtschaft die Planwirtschaft (Assoziation mit Kommunismus, Kriegswirtschaft, Nachkriegselend) gg.über
 - Thränhardt: „dieser Gegensatz wird dem Grundgedanken der von Erhards späterem Staatssekretär Müller-Armack entwickelten Idee einer „sozial gesteuerten Marktwirtschaft“ nicht gerecht, die auch Planungselemente enthält“⁴²
- Planung wird aber in der Praxis eher von Großbanken realisiert, Banken ziehen wirtschaftlichen Fäden
- Turner: Erhard billigte „ein Eingreifen der Regierung mittels wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen“⁴³
- Regierung soll ansonsten Wirtschaft nur indirekt lenken: über Währung, Steuer, handelspolitische Maßnahmen:
 - **Investitionen** nahmen in den 50ern ständig zu durch **Begünstigung durch die Steuerpolitik**⁴⁴
- Befreiung privater Unternehmer von staatlichen Vorschriften aus dem 3. Reich und Besatzungsregimes *wann? wer? ??????? nur bei Turner??*
- *neue Steuergesetze zur Förderung von Investitionen und Risikobereitschaft*⁴⁵

⁴¹Kleßmann, 26

⁴²Thränhardt, 77

⁴³Turner, 66

⁴⁴Kleßmann, 24

⁴⁵Turner

- Turner: Versuch, Kartelle zu verhindern (Gefahr: Manipulation von Preisen, Begrenzung der Produktion) - Thränhardt betont, dass dies Erhard nicht gelang⁴⁶
- Regierung fördert internationalen Wettbewerb mittels liberalisierter Zollbestimmungen⁴⁷
- Turner: Exportquote wird durch liberale Handelspolitik und günstige Preisgestaltung (??) gefördert
- aber Kleßmann: die französische „Planification“ und die britische global gelenkte Wirtschaft waren nicht weniger erfolgreich
→ These vom allein erfolversprechenden Rezept der sozialen Marktwirtschaft wird dadurch relativiert

Sozialgesetze

- Turner: „BRD wird zu einem der ausgeklügeltsten und umfassendsten **Wohlfahrtsstaaten** der Welt“ wann?⁴⁸
- Aufbau auf Bismarcks Ideen⁴⁹
- Ausweitung der Absicherung der Alten, Schwachen, Arbeitslosen
- System einer staatlich kontrollierten, privaten Krankenversicherung: ärztliche Versorgung und stationäre Behandlung gesichert
- Unterhaltskosten für Kinder bezuschusst
- Rentenzuschüsse für diejenigen, die sich keine angemessene Wohnung leisten können
- Turner: großzügige **öffentliche Finanzierung des privaten Wohnungsbaus** führt zu rascher Bereitstellung von dringend benötigten Wohnungen nach dem Krieg
- **1950: Bundesversorgungsgesetz** = Hilfe für Kriegsopfer (auch Zivilisten)
- **Lastenausgleich** für Vertriebene (s.u.)
- **1957 Rentenreform**: wesentliche Erhöhung und Dynamisierung der Renten (= Anpassung an Einkommensentwicklung)
- gr. Konsumnachfrage auch wg. sozialer Maßnahmen auch in Dtl.: mehr Freizeit

Sonstige Gründe

- Zurückhaltung der Gewerkschaften⁵⁰
- Wachstum basiert v.a. auf der Industrie: Kunststoff, Chemie, Auto, Elektrotechnik
 - Strukturwandel im Vgl. zu anderen Industrieländern verspätet: Stagnation der Industrie und Wachsen des tertiären Sektors erst Mitte der 60er
 - in 50er Jahren aber schon, auch in der BRD: spektakulärer Schwund des primären Sektors
- Fragen von Asch:
 - Wie konnte die Belastung der Vertriebenen verarbeitet werden? Probleme. Wie wurden sie aufgenommen.

⁴⁶Turner

⁴⁷Turner

⁴⁸Turner, 66

⁴⁹Folgendes nach Turner, 65ff

⁵⁰Kleßmann, 23

2.7 Vertriebene - Demographische Veränderungen

2.7.1 Bevölkerungsverschiebungen von 43-50er

- in Phasen einsortieren??
- 3 Bevölkerungsverschiebungen, tiefgreifende regionale Umverteilung: „Vertreibung“ aus dem Osten, displaced persons, Evakuierung aus bombardierten Städten⁵¹
- Vertreibung, Flucht:
 - Hitler leitet nach Pakt mit SU systematische Umsiedlung von ca. 800.000 Dt.en aus dem Baltikum und Südosteuropa ein *hä???*
 - Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa war auf Kriegskonferenzen sanktioniert worden
 - seit 44/45: **über 12 Mio. Dt.e nach Westen**
 - man muss „Vertreibung“ differenzieren nach Phasen: erst Flucht, dann Zwangsausweisung, dann Umsiedlung:
 - * **gg. Ende des Krieges: Flucht** der Deutschen östlich von Oder und Neiße vor der Roten Armee
 - dargestellt in Siegfried Lenz: Heimatmuseum...
 - Vergewaltigungen, willkürliche Tötung Dt.er, Raub während des Einzugs der Roten Armee
 - * **nach dem Krieg: wahllose Vertreibungen/Zwangsausweisungen**, vor Potsdamer Abkommen
 - spontane Rache und Hass der von nationalsozialistischen Okkupation unterdrückten Völker richtet sich nun gg. dt.e Bevölkerung
 - ca. 250.000 Dt.e v.a. aus Niederschlesien, Danzig...
 - sehr brutal, unmenschlich
 - * nach der Potsdamer Konferenz: Zwangsumsiedlungen
 - in Potsdam: Vereinbarung zur ordnungsgemäßen Überführung der dt. Bevölkerung aus Polen, CSR und Ungarn
 - zunächst auch sehr gewaltsam
 - ab 47 in geordneteren Formen; bis in die 50er
 - aus Tschechoslowakei ca. 3 Mio. Dt.e
 - **displaced persons (DP's)**
 - * sehr verschiedene Menschen: Zwangsarbeiter, allg.: Zivilisten außerhalb der eigenen Landesgrenzen, die heimwollen, aber nicht können (Verschleppte...); v.a. Polen, Balten...
 - * bei Kriegsende: 8-10 Mio. DP in Dtl.
 - * Unterbringung in Lagern
 - * allmähliche Repatriierung
 - * 1951: verbleibende 400.000 DP's bekommen Aufenthaltsrecht
 - * Zwangsarbeiter hatten oft schwere physische und psychische Schäden
 - **Evakuierung** aus bombardierten Städten aufs Land
 - * schon seit 43, von NS-Behörden gelenkt
 - * v.a. Frauen, Kinder, Alte
 - * Absinken der Einwohnerzahlen in Großstädten
 - * 1946: ca. 5 % der Bevölkerung; v.a. in amerikanischer und britischer Zone, da dort die Bombenschäden am größten
 - * Rückführung der Evakuierten blieb noch viele Jahre innenpolitisches Problem

⁵¹Folgendes nach Kleßmann, 39

2.7.2 Vom Elend nach dem Krieg zur Integration

- 47: Verteilung der ca. 10 Mio. Vertriebenen auf Zonen sehr unterschiedlich :
 - SBZ: ca. 4 Mio.; gewisse Verschiebung noch durch politisch motivierte Abwanderung
 - brit.: ca. 3 Mio. (agrарische Flächenstaaten wie Schleswig- Holstein und Niedersachsen)
 - v.a. prozentual leben dort bes. viele Flüchtlinge/Evakuierte/DP's (in Sch-H.: fast 50 % !!)
 - amerik.: ca. 3 Mio.
 - frz.: ca. 50.000 (48: frz. Zone nimmt mehr Flüchtlinge auf)
- **durch Flucht u.ä. rapides Ansteigen der Bevölkerung trotz hoher Kriegsverluste** (von ca. 60 Mio. (1939) auf ca. 66 Mio. (1946))
- **in der Besatzungszeit: ökonomische, soziale und politische Probleme durch „Vertriebene“**
- **Wirtschaft:**
 - Elend in den ersten Jahren nach dem Krieg:
 - * **Vertriebene hatten fast den ganzen Besitz verloren (nur Kleingut auf Wägelchen)**
 - * ausländische Organisationen helfen in der Not
 - * Bevölkerungszuwachs bedeutet zunächst schweres Hemmnis für den wirtschaftlichen Wiederaufbau: Wohnung, Ernährung, soziale Versorgung
 - * Verteilung willkürlich: Arbeitskräfte sind häufig nicht dort, wo die Arbeitsplätze sind; → Flüchtlinge ziehen oft aus Agrarregionen in Industrieregionen
 - Beitrag der Vertriebenen zum wirtschaftlichen Aufschwung:
 - * jedoch Vorteil: schon ausgebildete Arbeitskräfte ((es kommen zwar auch viele Kinder, aber eben auch eine große Zahl ausgebildeter Leute)), gut für industriellen Wiederaufbau → **der schnelle wirtschaftliche Aufstieg führte in 50ern zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung**
 - * für viele Vertriebene bedeutet dies aber auch soziale Deklassierung, weil sie nicht mehr den alten Beruf ausüben konnten
 - * Vertriebene und Firmen aus Mittel- und Osttd. fördern auch Industrialisierung wenig entwickelter Gebiete: (Bayern als „importierte Industrialisierung“); in Süddtl.: AEG, Siemens, Zeiss
- **Sozialpolitik, Integrationsmaßnahmen:**
 - Vertriebene wurden bei Einheimischen **zwangseinquartiert:**
 - * Organisation: Wohnungseinweiser, Flüchtlingsämter;
 - * Einheimische wollen meist nicht gerne teilen, lassen z.B. die Vertriebenen nicht in die Küche
 - * Räume oft fast leer, Schlafen auf dem Fußboden
 - * Ablehnung der Vertriebenen durch die Einheimischen: erzwungene Bevölkerungsdurchmischung birgt Probleme, Ablehnung von anderen Mentalitäten, Konfessionen
 - * Kleßmann stellt pos. dar: „Traditionelle Verhaltensweisen und Mentalitäten wurden aufgelockert und verändert, die soziale Mobilität erhöht.“
 - Sozialpolitik der BRD muss sich vorrangig auf Vertriebene ausrichten, **Sozialversicherung hilft in ersten Jahren aber wenig**
 - **staatliche Sozialpolitik hat dann aber entscheidende Weichen bei der Reintegration der durch den Krieg verletzten Gruppen gestellt**
 - **1949: Soforthilfegesetz:**
 - * Unterhaltshilfe: Hilfe für die Ausbildung, Arbeitsplatzbeschaffung
 - * Ziel: Förderung der Eingliederung

- 1950: Umsiedlungsprogramm für Vertriebene aus den überbevölkerten ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins, Niedersachsen... in die frz. Zone
→ Thränhardt: führt zur Minderung sozialer und politischer Spannungen und zur rascheren Integration ??; Verbesserung der Wohnverhältnisse
- **Staatliche Förderung von Wohnungsbau** (s.o.): mindert ab 1950 Wohnungsnot, nicht nur für Vertriebene
- **1950 Bundesversorgungsgesetz (Kriegsopfer)**; nicht nur für Vertriebene
- **1952 Gesetz über den Lastenausgleich**
 - * durch Druck der Flüchtlingspartei BHE
 - * soll Ausgleich zw. den Vertriebenen, die durch den Krieg und seine Folgen besonders schwer betroffen waren, und den anderen herbeiführen
 - * Debatte:
 - SPD fordert sozialen Lastenausgleich: Hilfe für Wiedereingliederung in Wirtschaft statt Wiederherstellung früherer Vermögensverhältnisse; ((SPD sah darin auch Möglichkeit für Herstellung sozialer Gerechtigkeit, gg. überkommene Einkommensstrukturen))
 - CDU fordert quotalen Lastenausgleich: der individuelle Schaden soll ersetzt werden (wer Geschäft hatte, soll wieder selbstständig werden können)
 - Kompromiss: bis zu einer Mindesthöhe wurde alles in den Vertreibungsgebieten verlorene Vermögen erstattet (danach degressiv bis zu nur 2 % bei gr. Vermögen)
 - * **Verfahren wurden aber sehr langsam abgewickelt, meist erst in den 60ern: kann also nicht erste Not lindern, sondern schafft später Ausgleich**
 - * Lastenausgleich kann z.T. die politische Radikalisierung der Vertriebenen verhindern
 - * wird finanziert über eine Vermögenssteuer: Lastenausgleich als größte Vermögensabgabe der Geschichte in Dtl.
 - * (in Folgejahren auch Gesetze für Ausgebombte und DDR-Flüchtlinge)
 - * Korte: mehr Signalfunktion als tatsächliche Wirkung; meint vielleicht: Sozialstruktur hat sich nicht entscheidend geändert
 - * Kleßmann: LAG bewirkt soziale Befriedung der Vertriebenen, somit ihre Integration
 - * Kleßmann: Gesetz recht spät! (7 Jahre nach Kriegsende!); Alliierte billigten nicht das Prinzip der individuellen „Entschädigung“
- 1957 **Rentenreform**, nicht nur für Vertriebene
- Interessenverbände:
 - **bis ca. 48 verboten Alliierte organisierte Zusammenschlüsse von Vertriebenen/Flüchtlingen**
 - **49: Interessenorganisationen entstehen**: Ziel sind konkrete Hilfestellungen zu erlangen, Traditionspflege und Integration durch pol. Einflussnahme *sind diese Maßnahmen wirklich integrationsfördernd?*
 - 1950 Gründung des BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten)
- Warum konnte die Belastung der zahlreichen Vertriebenen letztendlich verarbeitet werden?
 - Soziale Integrationsmaßnahmen s.o.
 - Bedeutung der Vertriebenen in der Wirtschaft
 - Kleßmann: Vertriebene werden nicht radikal, da sie kein ausgeprägtes homogenes Gruppenbewusstsein haben, wg. Erfahrungen mit Roter Armee nicht sozialrevolutionär sind ??? *naja*
 - Kleßmann: Vertriebene haben zu einem Modernisierungsschub unter konservativen Vorzeichen beigetragen: prägen durch hohe Berufsmobilität, ausgeprägte Leistungsorientierung, Festhalten an konservativen kulturellen und politischen Leitbildern ???

Kapitel 3

Umgang mit der NS-Vergangenheit

3.1 Begriff Vergangenheitsbewältigung

- „Vergangenheitsbewältigung“ = Begriff suggeriert, dass Auschwitz bewältigbar ist - Verharmlosung¹
- noch extremer: „Wiedergutmachung“
- Frage nach dem Umgang mit dem Erbe des „Dritten Reichs“ ist mehr als Entnazifizierung und NS-Prozesse:²
 - kulturelle Kontinuität?
 - politische Kontinuität?
 - sozioökonomische Kontinuität?

3.2 Periodisierung

- Garbe:
 1. 1945-47/48: öffentlich artikulierte Abkehr vom NS; geprägt von antinationalsozialistischen Protagonisten eines politischen und gesellschaftlichen Neuanfangs
 2. 1948-Ende 50er: kollektive Schuldabwehr, Erinnerungsverweigerung, Verdrängung
 3. ab Ende 50er: beginnender Wandel, verstärkte Auseinandersetzung

3.3 1945-47/48 Entnazifizierungspolitik der Alliierten, Abkehr vom NS

3.3.1 Ausgangspunkt

- Untergang des Dt. Reichs, Kapitulation als Abschluss des von Dtlid. begonnenen totalen Kriegs
- Dtlid. hat Achtung verloren durch annähernde Ausrottung der Juden und Vernichtungspolitik gg. Polen und Russen; fast die ganze Welt hatte sich gg. Dtlid. verbündet gehabt
- die notwendige mittlere Generation fehlt zum Großteil für den Wiederaufbau: mehrere Millionen sind gefallen, der Rest hat (einschlägige) nationalsozialistische Vergangenheit
- **seitdem die Kriegsniederlage abzusehen war, haben sich viele Dt.e schon vom Nazi-Regime innerlich distanziert; die fanatische Verteidigung des dt. Territoriums ohne Rücksicht auf die Lebensgrundlagen der Bevölkerung in den letzten Kriegsmonaten förderte Umdenkungsprozess³**

¹Garbe

²Garbe

³Thranhardt, 21

- Dt.e sind mit ihrem eigenen Leid beschäftigt:
 - Jaspers 46: „Stimmung, als ob man nach so furchtbarem Leid gleichsam belohnt, jedenfalls getröstet werden müsste, aber nicht noch mit Schuld beladen werden dürfte“
 - Parteien müssen Rücksicht nehmen auf die geschockte und leidende Bevölkerung, selbst SPD stellt nur vorsichtig Schuldfrage

3.3.2 1945 Kontinuität oder Stunde Null?

- meine These: die ganze Geschichte der BRD, bes. die frühe, ist im weiteren Sinne Vergangenheitsbewältigung, da sie ohne die NS-Zeit nicht verständlich ist, NS-Zeit prägt Deutschland bis heute

Kontinuitäten nach 45

- Mentalität...⁴
- wieder richten sich alle Erwartungen auf die Ordnungsmacht Staat (trotz den schrecklichen Erfahrungen mit einem zu Allmacht gelangten Staat); viele Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft vollzogen sich über staatliche Akte, Gesetzgebung (z.B. Bildungssystem, Sozialstaat
= Macht der staatlichen Bürokratie = **obrigkeitsstaatliche Struktur**
Preis dafür: Verlust an Gestaltungsfreiheit für den einzelnen und soziale Gruppen
- Gall: in vielen Bereichen weitgehender Austausch der bisherigen Führungskräfte in Politik, Verwaltung, Armee, Kirchen, Wissenschaft und Wirtschaft, wenn es unmittelbare Beteiligung und Verantwortung gab - so was gab's fast nie zuvor
↔ neue Forschung zweifelt das an!?
- die in vieler Hinsicht radikale Auflösung des Bisherigen steigert **Bedürfnis, sich an festen historischen Kernbeständen zu orientieren, an dem, was die Veränderungen unversehrt überdauert hat** ((mein Bsp.: Heimatfilme der 50er, Besinnung auf Familie)
bewusste Auswahl, was bleibt, was nicht

Veränderungen, Wandel

- Gall: **1945: radikale Distanzierung von jüngster Vergangenheit, Abreißen von Kontinuität in entscheidenden Bereichen**
- Gall: eine tabula rasa, **historische Stunde Null hat es nie gegeben, auch 45 nicht; nie dominierte eindeutig das vollständig Neue**; z.T. sehr bewusste historische Anknüpfungen
- 45 gewichtige Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur, Verteilung des wirtschaftlichen Einflusses, Relationen zw. Stadt und Land, Konfessionen durch Teilung, Maßnahmen der Sieger und der Dt.en selbst; z.B.:
 - fast völliges Verschwinden des ostelbischen Grundbesitzes (durch Abtrennung der Oder-Neiße-Gebiete und Bodenreform der SBZ) entzieht der bis dahin sehr einflussreichen sozialen Gruppe (Junker) die wirtschaftliche Basis
 - Ende der dominierenden Rolle der Schwerindustrie
 - Auflösung Preußens, Verlagerung des politischen Schwerpunkts Westdeutschlands an Rhein; Bedeutungsgewinn südlicher und westlicher Territorien
 → Rückkehr zum status quo ante (33) nicht möglich, Neuorientierung nötig
- Thränhardt: nur sehr langsamer und mühevoller Wandel der Mentalitäten
- Thränhardt weitreichender Wandel der Gesellschaft vom Nationalsozialismus bis heute, v.a. seit 70ern (s.u.)

⁴nach Gall: Die BRD in der Kontinuität der dt. Geschichte

3.3.3 Demokratisierung

Gründung der Parteien

- seit 1945 schon: Parteiengründungen, aber zunächst nur Wahlen auf lokaler und regionaler Ebene
- Parteien knüpfen meist (KPD, SPD) an Weimarer Republik an
- neu aber: CDU/CSU: vereinigt Protestanten und Katholiken
- FDP fasst den in der Bismarckzeit gespaltenen Rechts- und Linksliberalismus zusammen
- SPD: Kurt Schumacher; lehnt gesamt. Führungsanspruch der Berliner SPD ab

‘Reeducation‘-Konzept

- Ziel: Erziehung der Dt.en und v.a. dt. Jugend zur Demokratie
- Maßnahme: Entlassung sehr vieler Lehrer und anderer Beamter (Säuberung)
- Abwehr auf dt.er Seite: materieller Aufbau schien ihnen wichtiger als Demokratisierung;
v.a.: wollen keine Lehren von Amerikanern, Sowjets, Franzosen und Briten auf kulturellem Gebiet
- organisatorisches Problem: konsequente Durchführung hätte auf lange Zeit den Schulbetrieb lahmgelegt
- im Herbst 45 werden Schulen wieder eröffnet, um Kinder und Jugendliche von der Straße zu bekommen
Pensionäre und Studenten ersetzen Lehrer

Demokratisierung der Massenmedien: Presse und Rundfunk

- Presse und Rundfunk sollen zunächst verboten werden, dann durch alliierte Sprachrohre ersetzt und dann in neuen pluralistischen Strukturen neu aufgebaut werden
- 11/44 Verbot von Presse und Rundfunk, Theatern, Kinos, Jahrmärkten..
- Lizenzierungsphase ab Herbst 45: sorgfältig ausgewählte Journalisten und Verleger dürfen unter alliierter Zensur dt.e Zeitungen und Radio machen. Kommunisten als Herausgeber sind besonders beliebt (als Pendant zu bürgerlichen und sozialdemokratischen Lizenziaten)
- Briten und Amis betonen Trennung von Nachricht und Meinung (bis dato unbekannt in Dtl.)
- Bsp.: Süddeutsche Zeitung
- ab 47: Entfernung der KPD-Lizenznehmer im Zuge des Kalten Kriegs

3.3.4 Entnazifizierung der Bevölkerung durch die Alliierten

- in dieser Phase schufen allein die Besatzungsmächte die Voraussetzungen zur Überwindung des NS⁵
- Beschlüsse der Alliierten auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam (8/45):
 - leitende Funktionäre des NS verhaften („automatic arrest“)
 - alle Kriegsverbrecher aburteilen
 - **alle NSDAP-Mitglieder aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen entfernen**
- **45, in Westzonen: Verhaftung von über 200000 NS-Funktionäre, Einlieferung in Zivil-Internierungslager:**
 - bis 47 Entlassung von ca. 90000 von diesen

⁵folgendes nach Garbe

- die anderen wurden entw. wg. Verbrechen verurteilt oder bis 49 aufgrund von Amnestien entlassen
- 7-8/45: Potsdamer Konferenz: Ziele der Alliierten: vier „D“ = Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung, Demokratisierung, (Dezentralisierung)⁶
- Unterschiede in Entnazifizierung (Denacification) der Besatzungszonen:
 - Briten, Franzosen: v.a. Maßnahmen gg. Funktionäre und Aktivisten
 - Amis: härteste Maßnahmen, **sehr breit angelegte Entnazifizierung: wollen auch einfache Parteimitglieder und Mitläufer bestrafen**
aber: stellt sich schon Ende 45 als unmachbar heraus: z.B. in Hessen hätte man über 70 % der Beamten entlassen müssen; im Oberlandesgericht Bamberg waren von 302 Richtern nur 7 unbelastet
- Beteiligung von Dt.en wird angestrebt, damit Entnazifizierung zur Selbstreinigung wird
→ Länderregierungen werden mit dem VOLLzug der Entnazifizierung beauftragt
 - nur in US-Zone ??: **jeder Dt.e über 18 muss Meldebogen ausfüllen und wird in eine von 5 Kategorien eingeteilt**⁷
 - Strafen je nach Kategorie: Abgaben für Wiedergutmachungszwecke, Ausschluss von öff. Ämtern, Rentenverlust, Verbot politischer Betätigung, Arbeitslager für 5-10 Jahre
 - ca 1/5 betroffen
 - Garbe: bis zum Abschluss der Verfahren Beschäftigungsverbot für alle Betroffenen: statt Isolierung entsteht Solidaritätsgemeinschaft zw. NS-Aktivisten und den Mio. von Mitläufern
 - falsche Zeugenaussagen über die Harmlosigkeit der Betroffenen (= „**Persilscheine**“), aber auch Denunziationen und private Abrechnungen
→ breite Anlage der Maßnahmen wird kritisiert:
 - * Vorwurf der Willkür,
 - * Vgl. mit Inquisition,
 - * kaum Belastete waren schon verurteilt worden (streng!), (da sie für berufliche Wiedereingliederung baldige Entnazifizierung brauchten), gg. höhere Funktionäre fast noch keine Verhandlungen (weil umfangreiche Ermittlungen und Beweise nötig, oder Betroffene untergetaucht)
→ wird als ungerecht empfunden
 - * Umfragen: direkt nach dem Krieg gr. Mehrheit der Bevölkerung für Maßnahmen, Ende 46 nur noch 34 %
 - * selbst dt.e NS-Gegner kritisieren
 - * ab Anfang 47 auch Kritik der US-Öffentlichkeit: unentbehrliche Spezialisten dürfen nicht dem westdt. Aufbau ferngehalten werden
- **Zusammenfassung: durch Entnazifizierungs/Säuberungsmaßnahmen wurde vorübergehend ein Großteil der NS-Kader ausgeschaltet**
= Schaffung von Voraussetzungen für demokratischen Neubeginn, Wechsel in den Führungseliten

3.3.5 45-46 Entnazifizierung der Hauptkriegsverbrecher: Nürnberger Prozesse

- Entnazifizierung in den vier Zonen sehr unterschiedlich; Gefälle von SBZ, über amer. und britische zur frz. Zone (inwiefern? wie in SBZ?)
- neben Nürnberger Prozess weitere Prozesse vor Militärtribunalen in allen 4 Zonen; in den 3 Westzonen (für SBZ keine ANgaben) ca. 5000 Personen angeklagt und ca. 700 zum Tode verurteilt
- Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess am meisten von alliierter Gemeinsamkeit geprägt⁸

⁶Kleßmann

⁷Aufzählung s. Garbe, 4

⁸folgendes nach Kleßmann

- 10/43 Beschluss der Prozesse bei der Moskauer Außenministerkonferenz
- Dauer:
 - Beginn: Herbst 45 IMG
 - einjährige Verhandlung
- Verhandlungsort:
 - vor dem IMG (internationaler Militärgerichtshof) = 4 Repräsentanten und je ein Stellvertreter der Siegermächte
 - in Nürnberg (Ort der NS-Parteitage)
- Anklagepunkte:
 - Teilnahme am Plan einer Verschwörung zu einem Verbrechen gg. den Frieden (??)
 - Verbrechen gg. den Frieden (= Angriffskrieg)
 - Kriegsverbrechen (Verletzung der internationalen Kriegskonventionen)
 - Verbrechen gg. die Menschlichkeit: v.a. Völkermord
- Angeklagte:
 - Mitglieder der NS-Führungselite; kollektiv die Organisationen NSDAP, Gestapo, SD, SS, SA, Reichsregierung, OKW (*was bedeutet so eine Kollektivanklage für eine Organisation?*)
 - Hitler, Goebbels, Himmler, Ley (Führer der Dt. Arbeitsfront) hatten schon Selbstmord begangen, sich somit der Verantwortung entzogen
 - Bormann (Chef der Parteikanzlei) verschwunden, vermutlich tot
gg. ihn wird in Abwesenheit verhandelt
 - Verfahren gg. Krupp (Repräsentant der Großindustrie) wird abgetrennt, weil Krupp nicht verhandlungsfähig
- Urteile:
 - von 22 Angeklagten 12 zum Tode durch Strang verurteilt:
 - * Göring: lange Zeit der 2. Mann nach Hitler in der NS-Hierarchie; vergiftete sich selbst vorher
 - * Ribbentrop: Außenminister seit 38
 - * Keitel: Chef des OKW (??)
 - * Kaltenbrunner: Leiter des Reichssicherheitshauptamtes
 - * Rosenberg: Chefideologe und Reichsminister für besetzte Ostgebiete
 - * Hans Frank: Generalgouverneur in Polen
 - * Frick: Innenminister und seit 43 Reichsprotektor in Prag
 - * Streicher: Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer“
 - * Sauckel: Generalvollbeamteter für den Arbeitseinsatz
 - * Jodl: Chef des Wehrmachtsführungsstabes
 - * Seyß-Inquart: Reichskommissar in den NL
 - lebenslange Haft:
 - * Funk: seit 1938/39 Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident
 - * Heß: Stellvertreter des Führers
 - * Raeder: Chef der Marine bis 1943
 - langjähriger Haftstrafen:
 - * Speer: Rüstungsminister (20 Jahre)
 - * Schirach: Reichsjugendführer (20 Jahre)
 - * von Neurath: bis 1938 Außenminister, später zeitweilig Reichsprotektor in Prag

- * Großadmiral Dönitz: Nachfolger Raeders
- freigesprochen:
 - * Schacht: bis 1938 Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister
 - * von Papen: bis 1934 Vizekanzler
 - * Fritzsche: Ministerialdirektor in Goebbels' Propagandaministerium
- Problematik des Nürnberger Prozesses:
 - Alliierte wickelten zwar mit den 4 Anklagepunkte rechtsförmiges Verfahren ab, aber sie konnten nicht von einem rechtspositivistischen Standpunkt ausgehen und mussten der Wirklichkeit des totalitären Staats und des totalen Kriegs gerecht werden
??? was heißt das?
 - mit dem juristischen Prozess verbanden sich politische Absichten:
 - * Aufklärung über die Verbrechen des NS
 - * Umerziehung
 - * Friedenssicherung
 - zeitgenössische Kritik:
 - * entzündet sich an der ex.post-Rechtsetzung *??? was heißt das?*
 - * einseitiges Gerichts der Sieger über die Besiegten: Gerichtshof beschränkt sich nur auf dt. Kriegsverbrechen (obwohl Völkerrecht unteilbar)
 - Jaspers: Grundlage des gemeinsamen Rechtszustandes und Rechswillens der Siegermächte fehlte
Misstrauen gg. das Recht wurde dadurch gesteigert
- Verdienst der Prozesse unter den Alliierten:
 - politische NS-Elite konnte so ausgeschaltet werden
 - vorgelegte, Materialien machen erstmals NS-Verbrechen in nicht gekanntem Ausmaß sichtbar; sind für lange Zeit Basis zeithistorischer Forschung und Öffentlichkeitsarbeit
 - Prozesse unter Alliierten boten Ansatzpunkte für die dt.e Justiz für weitere strafrechtliche Vergangenheitsbewältigung

3.4 48-frühe 60er: Kollektive Schuldabwehr

3.4.1 48-49: Alliierte und dt.e Demokratisierungspolitik im besetzten Westdeutschland

- seit Winter 47/48: verstärkender Ost-West-Gg.satz, Westmächte wollen Staaten der „freien Welt“ in anti-sowjetischem Bündnis vereinen
→ **ab 47/48 neue alliierte Dtl.d. politik⁹:**
 - für wirtschaftliche Stabilisierung
 - für institutionelle Absicherung der Demokratie
 - **keine Entnazifizierung der Alliierten mehr, geben Entnazifizierung an Dt.e ab**
- = **Dtl.d. ist nun als Bündnisgenosse im Kalten Krieg gefragt**
- *Demokratisierung fängt aber nicht erst 47/48 an, oder?? parallele Prozesse?*
- kulturell: lebendige intellektuelle Diskussionen (von Dt.en?!) in zahlreichen neuen kultur-politischen Zeitschriften (*wann?*)
- Bildungswesen: für kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Geschichtsunterricht... (*wann?*)

⁹folgendes nach Garbe

- Politik: Widerstandskämpfer und aus dem Exil zurückgekehrte organisieren Aufbau demokratischer Parteien (*wann?*), Neugründung von Gewerkschaften (*wann?*)
- Bürgermeister und Landesregierungen verfügen Sonderzuteilung von Wohnraum und Arbeitsplatz für Verfolgte des NS-Regimes(*wann?*)
- **Aufarbeitung der Vergangenheit nicht von Volksmasse, sondern von pol. und intellektueller Elite getragen**, unter Ägide der Besatzungsmächte

3.4.2 49-51: Frühe Bundesrepublik

Frühe Bundesrepublik: Wunsch nach einem Schlusstrich, Amnestie, Illegalenparagraph

- im 1. Bundestag sitzen min. 53 ehemalige NSDAP-Mitglieder
- Bedürfnis der Bevölkerung nach einem „**Schlusstrich**“ (u.a. Reaktion auf Entnazifizierungspolitik der Alliierten: s.o.)
 - wg. Schlusstrichdenken wird die nun von Dt.en selbst (nicht mehr Alliierte) zu leistende Ahndung der NS-STraftaten delegitimiert (wirkt sich insbesondere zugunsten der noch nicht verhandelten schwereren Fälle aus¹⁰)
 - die 45 nahezu pauschal entlassene Richterschaft wird weitgehend wieder eingestellt
- Silvester 49: Bundesamnestie
 - 1949 wurde verstanden als völliger politischer Neuanfang, Neubeginn aus dem Stande der Unschuld (Karikatur: Dtl.d. wird als Wickelkind dem dt. Michel überreicht)
 - nahezu alle Parteien für eine **großzügige Amnestie**: damit alle Bürger in Unschuld in den neuen Staat gehen können
 - * **Straffreiheit für alle vor 45 begangenen Taten, die mit bis zu 6 Monaten Gefängnis geahndet werden konnten:**
Freiheitsberaubung, Amtsvergehen (??), minderschwere Fälle von Körperverletzung mit Todesfolge, Totschlag
 - * auch einige NS-Verbrecher mit Blut an den Händen kamen also ungeschoren davon
 - 11/49 Amnestieprojekt wird um Illegalenregelung erweitert:
 - * 45 waren viele SS-Leute, nationalsozialistischen Beamte usw. untergetaucht, um durch falsche Identität der Internierung und Entnazifizierung zu entgehen (ca. 80000?)
 - * diesen soll die Gelegenheit gegeben werden, wieder ein gesetzmäßiges Leben zu beginnen: Amnestie für alle Vergehen, die seit 45 zur Verschleierung des Personenstandes begangen worden waren (es sei denn sie würden mehr als 5 Jahre Haft bedeuten)
 - * dass diese Personen wieder ein gesetzmäßiges Leben führen, ist auch im Interesse der öffentlichen Ordnung
 - * Illegalenregelung wird nicht offen diskutiert, sondern von der Deutschen Partei durchgedrückt
 - Bedenken der Alliierten Hohen Kommission, lässt aber gewähren
 - Konsequenzen:
 - * allg. Amnestie: halbe Million Strafbefreiungen, ca 1/4 Million Verfahrenseinstellungen
 - * Illegalenparagraph wird hingegen kaum genutzt: nur ca. 200 melden sich; fürchten wohl Anklage wg. NS-Verbrechen
 - * Öffentlichkeit erfuhr keine Einzelheiten (z.B. die Verbrechen der Befreiten)
 - * Amnestie wird als politische Abrechnung mit der verhassten Entnazifizierung wahrgenommen (auch wenn es nicht darum ging??)

¹⁰Garbe

- 1950, Bundestagsdebatten:
 - alle Parteien profilieren sich als Entnazifizierungsgegner
 - rechtsnationale Parteien DP und FDP fordern, selbst die Hauptschuldigen zu entlasten
 - SPD und CDU stellen sich gemeinsam dagegen, unterstützen Entnazifizierung in Maßen
- **4/51 Gesetz zur Integration der „131er“**
 - einstimmig angenommenes Gesetz
 - „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“
 - bedeutet **Wiedereingliederung der mehr als 300000 „verdrängten Beamten“ und ehemaligen Berufssoldaten in den öffentlichen Dienst** = Kontinuität des Beamtentums überschattet demokratische Aufbruchsbestrebungen
 - diese Wiedereingliederung z.T. auch schon vor dem Gesetz; Gesetz hat aber Signalwirkung: betont nochmals Integration und Amnestie
 - Frei: sogar die meisten Gestapoleute werden wieder Beamte; (Garbe: Gestapo-Leute ausgeschlossen)
 - „vergangenheitspolitischer Dambruch“¹¹
 - Argumentation: Einbindung in die Verwaltung zwingt sie zum Konformismus und verhindert so Radikalisierung
- größte Kontinuitäten in Justizverwaltung, diplomatischem Dienst und Militärspitze¹²
- seit 53:
 - Regelungen werden jeweils vor den Bundestagswahlen immer großzügiger: „Skrupellosigkeit“:¹³
 - Ausdehnung auf Berufsoffiziere der Waffen-SS
 - „Wiedergutmachung“ wird auch auf 131er angewendet (*inwiefern hier Wiedergutmachung?*)
- Ruf nach Generalamnestie
 - 52 Walter Best (einstiger Kronjurist der SS und wieder wichtige Stellung): verlangt Generalamnestie auf alle politisch definierbaren Taten
 - FDP betreibt öffentliche Propaganda für Generalamnestie
- Sommer 54: 2. Bonner Straffreiheitsgesetz:
 - Strafbefreiung für Taten während des Zusammenbruchs: zw. 10/44 und 7/45 begangene Taten sind straffrei, wenn man sonst mit einer Strafe bis zu 3 Jahren rechnen müsste
 - Wiederholung der Illegalen-Amnestie: für alle mit dem Untertauchen einhergegangenen Delikte, die sonst ein Urteil von weniger als 3 Jahren bedeuteten
 - ca. 1000 Illegale melden sich = mehr als vorher, aber magere Bilanz
 - Frei: sparen sich dadurch auch Entnazifizierung *keine Bestrafung für NS-Taten mehr????*¹⁴
- **Mitte der 50er Jahre musste in der BRD fast niemand mehr fürchten, wg. seiner NS-Vergangenheit behelligt zu werden:**¹⁵
 - Schlussstrich unter 3,6 Mio. Entnazifizierte (*inwiefern?*) und 10000en Amnestierten
 - die meisten, die von 45-49 von den Alliierten verurteilt worden waren, waren wieder frei
- *Garbe noch fertig einbauen!*

¹¹Frei, 86

¹²Garbe

¹³Frei, 86

¹⁴Frei, 88

¹⁵Frei, 88

Integrationspolitik

- Anfang der 50er: äußerst großzügige Begnadigungspraxis der Alliierten:¹⁶
 - Druck der Gnadenlobby traf sich mit dem Interesse der Alliierten, möglichst schnell die dt.e Wiederbewaffnung zu realisieren (Koreakrieg!)
 - Militär tritt wieder selbstbewusst auf: ohne Freilassung der wg. Kriegsverbrechen verurteilten Kameraden kein Wehrbeitrag (Himmeroder Denkschrift)
 - zahlreiche verurteilte Kriegsverbrecher wurden nach wenigen Jahren entlassen
- 52: Überleitungsvertrag zw. 3 Westalliierten und BRD:
 - vor alliierten Gerichten verhandelte Fälle dürfen nicht durch dt.e Instanzen wieder aufgenommen werden
 - ursprünglich dazu gedacht, die Milderung der Urteile zu verhindern
 - tatsächlich: gg.teiliges Ergebnis wg. Begnadigungspraxis der Alliierten: Kriegsverbrecher z.T. wieder frei, gg. kleinere Täter wird aber noch ermittelt
→ verständlich, dass das Thema stark emotional belastet war¹⁷
 - Adenauers Kurs der Westintegration und der Wiederbewaffnung der BRD im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zeitweise gefährdet, weil seinen rechtsnationalen Koalitionspartnern der Überleitungsvertrag nicht weit genug ging¹⁸: fordern Freilassung der Kriegsverurteilten
 - es ging um „nationale Ehre“
- 53/55 Westverträge:
 - Kanzler Adenauer setzt Regelung durch, die bis 58 den letzten, der von den 3 Mächten verurteilten, befreiten
bleibt nahezu unbeachtet

Wiedergutmachungs- und Entschädigungsgesetze

- Kommunisten werden ausdrücklich ausgeschlossen
- keine Zahlungen erhalten: Sinti und Roma, Zwangssterilisierte, ausländische KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter, Homosexuelle
- trotzdem aber ein Zeichen für konkrete Auseinandersetzung mit dem NS
- **9/52 Wiedergutmachungsabkommen mit Israel:**
 - Thränhardt sieht Zusammenhang zw. Wiedergutmachungsabkommen mit Israel und Adenauers Westpolitik: soll (u.a) moralischen Kredit der BRD in der Welt wieder herstellen; Adenauer kennt den großen Einfluss der Juden in der amerikanischen Öffentlichkeit
 - Staat Israel und der Jüdische Weltkongress hatten gg.über Besatzungsmächten (scheut Verhandlung mit Bundesregierung) Entschädigungsansprüche geltend gemacht: außer für die individuellen Schäden noch lebender Opfer pauschale Entschädigung des Nachfolgestaats des 3. Reichs an Israel für die vernichteten Juden
 - Adenauer hat keine Zustimmung seines Kabinetts; engagiert sich jedoch intensiv
 - Reparationen wurden langsam überall eingestellt, aber BRD übernahm nun noch eine „Ehrenschild“
 - dt. Öffentlichkeit zunächst dagegen; SPD dafür, viele von FDP und CSU nicht
 - Thränhardt, 87: allmählicher Einfluss auf Bevölkerung: Bewusstsein einer moralischen Verantwortung gg.über dem jüdischen Volk setzt ein (viel mehr als gg.über anderen Opfergruppen)

¹⁶folgendes nach Kleßmann: 2 Staaten, 179ff

¹⁷Kleßmann

¹⁸Frei

Abgrenzung

- Justiz schritt nur ein, wenn eine unmittelbare Rechtfertigung der NS-Verbrechen (v.a. der Judenmord) in Rede stand oder die Berechtigung des Widerstands gg. Hitler bezweifelt wurde
- **die Grenzen wurden weit rechts außen gezogen: das bewusste ideologisch-politische Bekenntnis zu NS und Antisemitismus wird damit zum Tabu** - zwar meist unter dt. Regie aber **im Bewusstsein des alliierten Interventionsvorbehalts**
= Schielen nach dem Ausland
- 52 verfassungsgerichtliches Verbot der recht erfolgreich gewordenen SRP (Sozialistischen Reichspartei)
- 53 Schlag gg. den nationalsozialistischen Kreis um Werner Naumann:
 - britische Besatzungsmacht (*?? immer noch Besatzung?*) will damit die Unterwanderung der nordrhein-westfälischen FDP stoppen
- halbherzige justizielle Aufarbeitung **fügt sich innen- und außenpolitisch in das Konzept der Westintegration ein:**¹⁹
 - Wiedergutmachung und NS-Prozesse (*welche Prozesse vor 57???*) waren für Wiederherstellung der politischen Glaubwürdigkeit notwendig
 - Halbherzigkeit dabei aber notwendig, um die innere Konsolidierung und die Akzeptanz der Westintegration bei der Bevölkerung zu erleichtern

3.4.3 Adenauer und CDU/CSU als autoritäre Regierung

- (Löwenstein: Adenauer als „Democratic Dictator“:
- Beurteilung Adenauers sehr unterschiedlich, je nach Parteizugehörigkeit (Morsey angucken! Kleßmann?)
- 49: Koalition CDU/CSU mit Rechtsparteien FDP, DP
Argumentation Adenauer: er geht mit Rechtsparteien Koalition ein (und nicht mit SPD), damit es nicht wieder eine nationale Opposition gibt, die durch Demagogie dem neuen Staat gefährlich werden könnte²⁰
- radikale Konfrontation zw. SPD und CDU:
 - CDU: für Stabilität, Westbindung, Vaterfigur Adenauer, Erhard als „Vater des Wirtschaftswunders“
 - SPD: Schumacher charismatisch, tritt leidenschaftlich für dt.e Gleichberechtigung ein; seit 52 Ollenhauer (eher bieder, nicht populär)
- andere Kräfte neben CDU und SPD sind chancenlos

Adenauers Kanzlerdemokratie

- Adenauer und einige weniger Politiker beschließen kurz nach der Wahl 49 allein wichtige Dinge:
 - Festlegung der Fraktion
 - Vorschlag:FDP-Vorsitzender Theodor Heuss als Präsident
 - linker CDU-Flügel wird mit dem Arbeits- und einflusslosen Gesamtd.en Ministerium abgefunden
 - Erhard Wirtschaftsminister
 - führende Posten wurden an enge Vertraute vergeben
 - Gründung der CDU als Bundespartei wurde bis Mai 50 aufgeschoben, bis Adenauer sicher sein konnte, die Partei zu dominieren

¹⁹Kleßmann: 2 Staaten, 179

²⁰Folgendes nach Thränhardt, 104 ff

- **Anfang der 50er: Adenauer übt beim Aufbau des neuen Regierungsapparates Druck auf die Parteispitzen in den Ländern aus:**
 - z.B. wurde Karl Arnold in NRW gezwungen, die Koalition mit der SPD aufzugeben (stattdessen bürgerliche Koalition)
 - ebenso in anderen Ländern
 - Landesvorsitzende beugen sich entweder Adenauers Vorstellungen, verloren Einfluss oder wurden sogar aus der Partei ausgeschlossen
- ((Thranhardt: Partei hat keine eigene Programmatik (hä??), aber zentrale Ideologien: Antikommunismus, Westbindung, Marktwirtschaft
- **Regierung Adenauer bindet auch Wähler, die vor 33 rechtsradikale, nichtdemokratische Parteien gewählt haben, an sich**
- Bedeutung Adenauers
 - **Partei wurde vom Kanzler gelenkt, zentrale politische Gremien wurden selten einberufen** = „Kanzlerwahlverein“
 - Adenauer wird für Dt.e in den 50ern zur Leitfigur, sehr beliebt = Personalisierung

Diktatorische Methoden der CDU

- Geheimdienste wurden in der Innenpolitik verwendet, z.B. zur Überwachung der Opposition
- Propaganda staatlicher Organisationen für CDU:
 - eine staatlich finanzierte Organisation und Bundespresseamt übernimmt aufwendige Werbekampagnen für CDU; Aufwendungen werden vor dem Parlament geheim gehalten
 - 1953 soll ein Ministerium für Presse und Volksaufklärung eingerichtet werden ((kann nur durch Proteste der dt.en Öffentlichkeit und des amerikanischen Hochkommissars verhindert werden))
- Pluralität von Meinungen in Presse/Rundfunk wird nur bedingt akzeptiert:
 - Regierung führt Beschwerden gg. nicht-regierungstreue Kommentare
 - Adenauer: Rundfunk soll politisches Führungsmittel der jeweiligen Bundesregierung sein; will 1960 „Deutschland-Fernsehen“ als Regierungsinstrument gründen;
 - kann verhindert werden, da Verfassungsgericht dagegen entscheidet (Verfassung funktioniert!), Rundfunk bleibt pluralistisch und Ländersache
 - aber: Adenauer spaltet den von der brit. Besatzungsmacht gegründeten NWDR in WDR und NDR, Aufsichtsgremien werden nur mit Politikern besetzt; Mehrheiten der Rundfunkräte entsprechen denen der Landtage
 - erst in 70er Jahren wird dagegen erfolgreich geklagt; Verständnis für Pluralität der Meinungen in der Demokratie

Wahlerfolge der CDU/CSU

- 49: knapper Vorsprung (mit eigener Stimme?) → Adenauer
- 53: CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 % → Adenauer
- 57: CDU/CSU = 50,2 % (absolute Mehrheit!), SPD = 31,8 % → Adenauer
- 61: CDU/CSU = 45,3 %, SPD = 36,2 % → Adenauer (bis 63 nur!) (Adenauer ist 1961 85 Jahre alt)
 - 63-66 Erhard
- 65: CDU/CSU = 47,6 % (CDU gewinnt mit Wahllokomotive Erhard wieder Stimmen), SPD = 39,3 %
- 66: Sturz Erhard, danach Kiesinger, Große Koalition

Antikommunismus als neue Identifikationsideologie

- in Anfangsjahren sogar „Christlicher Sozialismus“, jetzt Antikommunismus, Sozialismus als Feindbegriff
- außenpolitische Kompromisse wurden so verhindert
- öffentlich Bediensteten wurde Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen verboten
- 1956 Verbot der KPD
- Antikommunismus integriert, verbindet versch. politische Lager
- ((Antikommunismus bedeutet Freund-Feind-Denken))

Integration ehemaliger Nationalsozialisten

- zahlreiche ehemalige Nichtdemokraten (vorwiegend angesehene Gesellschaftsgruppen: Ärzte, Richter, Beamte, Lehrer) wurden in CDU/CSU eingegliedert
- Integration von Alt-NS in Partei und Bürokratie

Integration von Alt-Nazis in den rechten Parteien

- Spitzenpolitiker der Anfangsjahre waren (meist) nicht nationalsozialistisch belastet; Kontrolle der Alliierten von 45 bis 49
- in CDU gab es in Anfangsjahren Widerstand, wenn ehemaliger Nationalsozialisten für prominente Stellen kandidierten:
z.B.: Adenauer wollte Kiesinger 1950 zum CDU-Generalsekretär machen, aber Protest
- CDU selbst hat eigenes Profil (katholisch-konservativ), NS wenig (??) Einfluss
- aber v.a. in den kleinen Koalitionsparteien der CDU Integration von Alt-NSDAP-lern:
 - FDP:
 - * in 50ern: liberaler und nationaler Flügel
 - * nationaler Flügel aktive Verbindungen mit REchtsradikalen
 - * 1953: 6 ehemalige NSDAP-Funktionäre um Werner Naumann (ehemaliger Staatssekretär im Reichspropaganda-Ministerium) werden von der britischen Besatzungsmacht verhaftet; Beschuldigung: Unterwanderung der FDP in NRW
 - * FDP stabilisiert sich Ende der 50er als demokratische Partei
 - BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten); in der Führung befinden sich vorwiegend ehemalige Nationalsozialisten; wird v.a. von Vertriebenen gewählt; nennt sich um in Gesamtdeutscher Block, zunächst über 5 %, , löst sich Ende der 50er auf, politisches Erbe geht an CDU/CSU
 - DP (Deutsche Partei); v.a. DP betont anfangs Anlehnung an NSDAP ausdrücklich; geht Ende der 50er in CDU auf

Integration von Alt-Nazis in der Bürokratie

- **Chef des Bundeskanzleramtes Globke**
 - engster Mitarbeiter ADenauers
 - Schlüsselfigur bei der Besetzung zentraler Regierungsstellen
 - Vorgesetzter der Geheimdienste
 - Geschichte in NS-Zeit: verfasste Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen, hatte wichtige Stellung im Reichsinnenministerium

- in 60ern wurde viel über Globke diskutiert
- s. Beamtengesetz (131er): Wiedereingliederung von NS-Tätern gilt auch für Spitzenbeamte:
 - 1951: 66 % der leitenden Beamten im **Auswärtiges Amt** waren ehemalige NSDAP-Mitglieder
 - im **Bundesjustizministerium** noch mehr; erst Ende der 60er breite öffentliche Kritik: „Blutrichter“ werden pensioniert
- häufiges Argument: Mangel an Fachleuten; aber Thränhardt: man hätte die Belasteten ja zumindest nicht gleich an die entscheidenden Positionen setzen müssen
- *weitere prominente belastete Leute??*

Ende des autoritären Regierungsstils 1959/60

- ((SPD wandelt sich mit Godesberger Programm von 59 zu einer pragmatischen Volkspartei))
- Adenauer beginnt Abbau seiner demo-autoritären Stellung
- Präsidentenkrise 59: Skrupellosigkeit Adenauers wird deutlich (s. Thränhardt 119)
- Adenauers demoautoritäre Regierungsweise war ein Erfolgsrezept in der Zeit des Übergangs von der autokratischen Tradition
- autokratische Regierung findet sich auch bei den gr. Oberbürgermeistern der Aufbauzeit
- Besuch Kennedys in Dtl. 63: uneingeschränkte Sympathien der Dt.en aller Parteien, zeigt Bedürfnis nach neuem Führungsstil

3.4.4 Zusammenfassung 50er und 60er?

- Hermann Lübke behauptet 1983: Stille (kollektives Beschweigen) war notwendig, um die Nachkriegsbevölkerung in Bundesbürger zu verwandeln
 ↔ These Norbert Frei: Verwandlung nicht durch Schweigen, sondern durch aktive Politik = Vergangenheitspolitik²¹
 - Maßnahmen zur Bewältigung der frühen NS-Bewältigung, die seit 45 von Alliierten verlangt wurden
 - kompensatorisch: „normative Abgrenzung gg.über der Ideologie und Praxis des NS“
strafrechtliche Verfolgung damit gemeint?
 - Vergangenheitspolitik = Amnestie, Integration, Abgrenzung
- strafrechtliche Vergangenheitsbewältigung ab Anfang der 50er zögerlich, erst viel später wieder
- der fundamentale Unrechtscharakter des NS-Regimes und seines Angriffskriegs wurde oft ausgeblendet
- **Amnestiebedürfnis der Mehrheit der Westdeutschen ist so groß, dass es wie ein unbewusstes (!!)**
Eingeständnis der gesamtgesellschaftlichen Verstrickung in den NS zu verstehen ist
 ↔ **aber: Kollektivschuldthese wird heftigst zurückgewiesen** - Unterschied zw. Unbewusstem und Bewusstem
- durch Amnestie und Integration drohte der anti-nationalsozialistische Gründungskonsens entwertet zu werden
- nationalistische Gemütsregungen weit über das bürgerliche Lager hinaus
- Hannah Arendt 1950 (musste 33 flüchten): nirgends wird weniger der Albtraum der NS-Verbrechen gespürt und darüber gesprochen als in Dtl.²²

²¹Folgendes nach Frei

²²Kleßmann: 2 Staaten, 179ff

- Frei: „Mitte der 50er Jahre ... hatte sich aufgrund einer ebenso bedenkenlosen wie populären Vergangenheitspolitik ein öffentliches Bewusstsein durchgesetzt, das die **Verantwortung für die Schandtaten des „Dritten Reichs“ allein Hitler und einer kl. Clique von Hauptkriegsverbrechern zuschrieb**, während es den **Dt.en in ihrer Gesamtheit** den Status von politisch „**Verführten**“ zubilligte, die der Krieg und seine Folgen schließlich selbst zu **Opfern** gemacht hatten.“²³

3.5 Ende der 50er-heute: Generationenwechsel, beginnender Einstellungswandel

3.5.1 Demokratisierung, Innenpolitik

Wandel zur intensiveren Auseinandersetzung mit der NS-Zeit

- **Wandel von 1950 zu 60 laut Kleßmann: justizielle und politische Auseinandersetzungen mit der Last der Vergangenheit prägendes Element der 60er Jahre, größere Betroffenheit**
- Anstöße für den Wandel zum stärker politisch geprägten Umgang mit der Vergangenheit:
 - **1958 Ulmer Einsatzgruppenprozess als Auslöser für die Schaffung einer zentralen Justizbehörde**
 - * ein ehemaliger SS-Führer klagte 56 auf Wiedereinstellung in den Staatsdienst
es kam heraus, dass er an Massenerschießungen an Juden in Memel beteiligt war;
er wurde verhaftet und verurteilt
 - * *gg. wen ??*
 - * Aufsehen, da deutlich wurde, wie viele nationalsozialistischen Verbrechen im Osten justiziell noch nicht erfasst waren
→ 11/58 Schaffung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“
 - 11/59 von Köln schwappt anlässlich der Wiedereröffnung der Synagoge eine Welle antisemitischer Schmierereien über die BRD²⁴
→ dt. und internationale Öffentlichkeit schreckt auf
→ Kultusministerkonferenz macht deshalb neue Richtlinien: intensivere Auseinandersetzung mit dem 3. Reich
 - 1960 Verhaftung Adolf Eichmanns
 - 62 Spiegelkrise zeigt Demokratiebewusstsein der Bevölkerung
 - Studentenbewegung:
 - * reagiert auf den politischen Glaubwürdigkeitsverlust (braune Köpfe in der Politik und anderswo)
 - * „Die intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begann keineswegs erst mit der Studentenbewegung“²⁵
 - * Studentenbewegung intensiviert aber die Diskussion
 - * Wirkung der Studentenbewegung aber gering, z.T. sogar kontraproduktiv

1962 Spiegelaffäre

- Redakteur Ahlers vom Spiegel kritisiert in einem Artikel mit dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ die Bonner Verteidigungspolitik
- kurz darauf werden die Redaktionsräume des Spiegels in Hamburg von ca. 50 Polizisten besetzt
- Verhaftung Ahlers (in seinem span. Urlaubsort) und des Herausgebers Augstein: Verdacht des publizistischen Landesverrats, der landesverräterischen Betätigung und der aktiven Bestechung

²³Frei, 92

²⁴folgendes nach Kleßmann: 2 Staaten, 179ff

²⁵Kleßmann: 2 Staaten, 179

- Redaktionsräume werden wochenlang besetzt behalten und durchsucht
- Verteidigungsminister Strauß hatte Hände im Spiel
- Aktion führt zu heftiger innenpolitischer Auseinandersetzung:
 - starke Beteiligung der Bevölkerung
 - schließlich Regierungskrise: FDP-Minister treten aus Protest gg. das Verhalten von Strauß aus der Koalitionsregierung
 - Vorwurf der SPD, gg. das Grundrecht der Pressefreiheit verstoßen zu haben; Adenauer muss sich verteidigen
 - Neubildung der Regierung: Strauß verlor Ministeramt (auch Neuwahl!?)
 - 66 Verfassungsbeschwerden des Spiegel scheitert beim Bundesverfassungsgericht, weil nur 4 der 8 Richter einen Verstoß gg. die Pressefreiheit feststellten
- These: vehemente Reaktion der Bevölkerung zeigt Erfolg der Demokratisierung; dass so eine Polizeiaktion überhaupt gemacht wurde, zeigt nachlässigen Umgang der Regierung mit Grundrechten wie Pressefreiheit

3.5.2 Prozesse gg. NS-Verbrecher: Ulmer Einsatzgruppenprozess, Eichmann, Auschwitz

Ulmer Einsatzgruppenprozess und Zentrale Justizbehörde

- **1958 Ulmer Einsatzgruppenprozess (s.o.) als Auslöser für Schaffung der Justizbehörde:**
- Schaffung einer zentralen Justizbehörde zur Verfolgung von NS-Verbrechen:
 - Prozesse beginnen erst in den 60ern in größerem Umfang unter anderem wg. der verspäteten Schaffung einer zentralen Justizbehörde
 - krasser Gegensatz: bereits 1950 wird Rechtsschutzstelle geschaffen, um jedem Häftling im Ausland und in alliierten Gefängnissen in Dtl. optimale Verteidigung zu garantieren
 - Zuständigkeit: Verbrechen an Zivilpersonen außerhalb der BRD (1964 Ausdehnung auf BRD): erstmalig seit Nürnberger Prozessen Erfassung von Verbrechen in KZs, Ghettos...
 - soll keine Anklagen erheben, sammelt Unterlagen und gibt Verfahren an Staatsanwaltschaften
 - Justiz hat auch ihre eigene Vergangenheit zu bewältigen hat
→ deshalb anfangs umstritten und eher Zurückhaltung
 - intensiviert aber Arbeit bald (ab 59): bis 64 ca. 700 Ermittlungen
- DDR stellt sich als lupenreinen antifaschistischen Staat dar und veröffentlicht gezielt gg. bestimmte Personen belastendes Material; Vergangenheit wichtiger Personen in der BRD wird in DDR-Propaganda angeprangert
→ wirkt für die Bereitschaft der Vergangenheitspolitik in der BRD eher kontraproduktiv

60-61: Prozess gg. Eichmann

- 5/1960 Verhaftung Adolf Eichmanns:
 - **Organisator der „Endlösung“**
 - 1 Jahr nach Verhaftung Prozess in Jerusalem
 - große Resonanz auf Prozess zeigt beginnenden Wandel in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit
 - aber keine intensiverte Strafverfolgung seit Prozess
 - Bedeutung des Prozesses:
 - * Aufarbeitung wird wieder ins Rampenlicht der in- und ausländischen Öffentlichkeit gerückt
 - * „Banalität des Bösen“ (Hannah Arendt) wird bewusst: Eichmann entsprach nicht dem Typ des bösen Verbrechers, eher Kleinbürger mit Organisationstalent und v.a. **Gehorsam als höchste Tugend**
 - „Eigendynamik einer emotionslosen Mordbürokratie“ (Kleßmann) wird deutlich

63-65: Frankfurter Auschwitz-Prozesse

- Höhepunkt der Nachkriegsprozesse
- Dauer: 1963-65 (vorher 5 Jahre Vorermittlungen)
- Prozesse gg. Auschwitz SS-Aufsichtspersonal
- große Zeitungen berichten über jeden Verhandlungstag
- Urteile: 6 der 20 Angeklagten lebenslänglich (*Namen wichtig?*)
- allg.: Milde der Urteile stand oft in schreiendem Kontrast zum tatsächlichen Geschehen²⁶ (Verharmlosung)
- je später die Prozesse begonnen wurden, desto größer der Kontrast

3.5.3 1965 Verjährungsdebatte

- Strafverfolgung für Mord verjährt nach 20 Jahren
- heftige öffentliche Diskussion über Verjährung
- Bundesregierung will vor Stichtag noch viele Ermittlungen einleiten, bittet daher kurz vor dem Stichtag auch Polen, CSSR und UdSSR um belastendes Material (vorher nicht geschehen, da es als propagandistisch gefärbt galt - Kalter Krieg) - Antwort: zu knapp; auch keine Materialien aus DDR
- 2/65 Bericht vom Bundesjustizminister: berichtet, dass Auswertung des Beweismaterials aus Osteuropa nicht rechtzeitig möglich sein wird; öffentliche Diskussion dadurch verschärft
- 3/65 Bundestagsdebatte über Verjährung:
 - Debatte gehört in ihrer Intensität zu Höhepunkten Bonner Parlamentsgeschichte = veränderter Bewusstseinsstand, spiegelt auch den der politischen Öffentlichkeit (jedoch noch auf wenige beschränkt?)
 - Resultat: nur Kompromiss, keine Lösung: Verlängerung bis 69 (Zeit der Besetzung Dtl.d.s nicht mitgerechnet)
- 1969: erneute Verlängerung auf 30 Jahre bis 79
- 1979: Bundestag nimmt Mord von Verjährung aus

3.5.4 Gesamtbeurteilung der 50er und 60er: „Die Unfähigkeit zu trauern“

- es gab keine wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit in breitem Umfang (*bis wann?*)
- 1967 Buch von Mitscherlich: „Die Unfähigkeit zu trauern“
- Kleßmann: in 60ern zwar mehr Auseinandersetzung, aber nur auf wenige beschränkt
- Aufbruchsphase beginnt schon Jahre vor 68
- Meinung der Bevölkerung (Umfrage): Wann ging es Dtl.d. am besten?
 - 1951: **45 % Kaiserreich**; 42 % Hitlerzeit; 2 % Gegenwart
 - 1959: 28 % Kaiserreich; 18 % Hitlerzeit; **42 % Gegenwart**
 - 1970: 5 % Kaiserreich; 5 % Hitlerzeit; **81 % Gegenwart**

²⁶Kleßmann, 2 Staaten, 183

3.5.5 Ende der 70er bis heute

- erst 79: Holocaust-Film löst individuelle Betroffenheit aus
- 79: s. Verjährungsdebatte
- Kleßmann: diese Betroffenheit wäre früher nicht möglich gewesen, an Informationen hat es nicht gemangelt
- heute: Aufarbeitung der Vergangenheit Hauptthema dt. Literatur
- bis heute sind weniger prominente Opfer-Gruppen nicht entschädigt, Wehrmachts-Deserteure nicht rehabilitiert worden
- Thränhardt: nie hat sich eine Nation so gründlich und selbstquälerisch mit ihrer Vergangenheit beschäftigt; noch heute Scheu vor Nationalismus = postnationale Identität
- Thränhardt: weitreichender Wandel
 - vom Militarismus zum Pazifismus
 - vom Nationalismus zur postnationalen Identität (Europa)
 - von provinzieller Abschottung zur Weltoffenheit (Globalisierung)
 - von der Machtanbetung zur Machtverneinung
 - von der Staatsvergottung zu äußerster Skepsis gg.über dem Staat
 - vom totalitären Staat zur Demokratie, zum Verfassungspatriotismus
- Friedensbewegung
- v.a. in 80ern intensive Auseinandersetzung, 68er-Lehrer intensive Behandlung des Themas NS-Zeit im Unterricht

3.5.6 Heute

- in letzten Jahren aber beginnender Wandel in andere Richtung: Globalisierungsgegner statt Weltoffenheit, militärisches Eingreifen auch außerhalb vom Verteidigungsfall - kein purer Pazifismus mehr,
- veränderter Umgang mit NS-Vergangenheit:
 - Betonung der Deutschen als Opfer nicht nur als Schuldige (Vertriebene, Bombenkrieg, Flucht, Kriegsgefangene...)
 - Beginn mit Walser-Debatte (Schlussstrich ziehen!)
 - *Goldhagen-Debatte??*
 - jetzt: Wunder von Bern (Kriegsgefangene), Im Krebsgang von Grass, Bildband Brandstätten, Kriegsgefangenen-Serie Guido Knopp, Diskussion um Vertriebenen-Zentrum ...
 - Leid der Deutschen soll sichtbar gemacht werden, vorher kein Tabu, aber hat nicht so viele erreicht: Vertriebene als Folkloregruppen am rechten Rand
- Fragen von Asch:
 - Was ist Adenauers Haltung zu Demokratie und politischer Ordnung?
 - Gibt es in seiner Umgebung prominente belastete Leute?

Kapitel 4

Literatur

1. Abelshausen, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt/Main 1983.
2. Ben, Michael: Die normative Kraft des Faktischen. In: Che-Schah-Shit. Die 60er Jahren zwischen Cocktail und Molotow, Berlin (Ost) 1984, S. 21-43.
3. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik in den fünfziger Jahren. In: Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, hgg. von Wilfried Loth und Bernd A. Rusinek, Frankfurt/Main 1998, S. 79-92.
4. Gall, Lothar: Die Bundesrepublik in der Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift 239 (1984) S. 603-613.
5. Garbe, Detlef: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und „Vergangenheitsbewältigung“. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik. In: Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre, hgg. von Axel Schildt und Arnold Sywottek, Bonn 1993, S. 693-716.
6. Heldmann, P.: Das „Wirtschaftswunder“ in Westdeutschland. Überlegungen zu Periodisierung und Ursachen. In: Archiv für Sozialgeschichte 36 (1996), S. 323-344.
7. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Bonn 1986, S. 190-219.
8. Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1988.
9. Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Bonn ²1997.
10. Korte, Hermann: Eine Gesellschaft im Aufbruch, Berlin 1987.
11. Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München ⁴2000.
12. Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt ²1996.
13. Turner, Henry Ashby: Germany from partition to reunification, New Haven ²1992.